

Aktionseinheit mit Gewerkschaften kam doch nicht zustande

BOCHUM (BSZ). — „Wie sich die Bilder gleichen“, kommentierte das DDR-Organ „Neues Deutschland“ am 5. Februar die Demonstrationen von Studenten und Schülern in den letzten Tagen und druckte nebeneinander das Foto jenes südvietnamesischen Polizeigenerals, der auf offener Straße einen Vietcong erschossen hatte, und eine Aufnahme der Bochumer Demonstration gegen die Fahrpreise, die festhält, wie zwei Polizisten Frl. Wolfram an den Haaren wegzerren. (Auch die „Zeit“ veröffentlichte das AP-Foto; die Demonstrantin wird Anzeige erstatten.)

Nach den Samstagzügen vom 3. Februar und dem Einsatz der Wasserwerfer am Schauspielhaus drohte die Aktionseinheit von Studenten und Schülern auseinanderzubrechen. Auch die „Öffentlichkeit“ zeigte sich geschockt wegen der Eier und Tomaten. Eine Handvoll Studenten hätte die Schüler verführt, hieß es.

Der Asta schob bewußt neue Aktionen hinaus. Er wollte zu einer Übereinkunft mit den Gewerkschaften kommen. Der DGB-Kreisverband zeigte zunächst Wohlwollen. Die OTV-Leitung und die Betriebsräte der Bogestra demonstrierten in Gesprächen ebenfalls Sympathie, meinten aber, man solle die Schuldigen in Düsseldorf suchen. 1965 hatte die damalige SPD-Opposition den Ausgleich der Sozialtarife aus Landesmitteln gefordert.

Am Ende der letzten Woche jedoch fürchtete der DGB, eine gemeinsame Sache nicht unter Kontrolle halten zu können. Der Betriebsrat unterschrieb ein Massenflugblatt, das sich gegen eine direkte Aktion gegen die Straßenbahnbetriebe aussprach und den Abbau der Sozialleistungen befürchtete.

Die Hoffnung auf ein politisch einmaliges und sicherlich interessantes Zusammengehen von Studenten, Schülern und Gewerkschaften schwand. Enttäuscht darüber, rückten Anfang dieser Woche die Studenten und Schüler wieder auf einen radikaleren Kurs zusammen. (Weitere Berichte und Stellungnahmen in dieser Ausgabe.)



Drastische Erhöhung der UB-Mahngebühren?

BOCHUM (BSZ). In der Sitzung der Bibliothekskommission am 13. 12. 1967 erklärte UB-Direktor Professor Pflug, im Jahre 67 habe die UB für die gebührenfreien Erinnerungen an säumige Entleiher 18 000 DM an Portokosten aufwenden müssen. Da die UB keinen eigenen Haushaltstitel für Portokosten besitze, müsse dieser Betrag von der für Bücheranschaffungen zur Verfügung stehenden Summe abgebucht werden. Da außerdem in den nächsten beiden Jahren mit einer Erhöhung der Zahl der Entleihungen und damit natürlich auch der notwendig werdenden Erinnerungen um rund 100 Prozent gerechnet werden müsse, sei ein weiteres Fortführen der bisher geübten Praxis nicht länger tragbar. Das bedeutet, daß bei Überschreiten der Leihfrist mit der dann erfolgenden ersten Mahnung sofort eine Mahngebühr von 1,50 DM fällig wird. Da der studentische Vertreter, Friedrich-W. Binsfeld, größte Bedenken gegen eine solche einseitige Regelung durch die UB geltend machte, sagte Prof. Pflug zu, in direkten Verhandlungen mit der Studentenschaft eine für alle Seiten tragbare Lösung des Problems zu suchen.

Spießerniveau

BOCHUM (BSZ). Die Fakultät der Abteilung V (Philologie) hat jetzt zugestimmt, daß mindestens ein Student stimmberechtigt in den ad hoc zu bildenden Berufungskommissionen vertreten sein soll. Die Fachschaft hatte den früheren Sprecher des Studentenparlaments, Bernd Rumler, zunächst dafür nominiert. Einige Professoren stimmten jedoch diesem Vorschlag nicht zu. Auf Grund einer internen Beurteilung (Rumler soll einige propädeutische Kurse abgebrochen bzw. nicht ausreichend abgeschlossen haben, ist jetzt aber Doktorand) sprach man dem Studenten die Qualifikation ab. Die Fachschaft nominierte daraufhin Volker v. Thiedemann, nachdem Rumler darauf verzichtet hatte, eine offene Auseinandersetzung herbeizuführen. In der Fachschaft und bei den Studentenvertretern herrscht über diesen Vorfall Empörung. „Dem Professor, der mir mit solchen hergehohten Argumenten käme“, sagte ein Student dazu, „würde ich erwidern, daß seine Vorlesungen auch nicht gerade anhörsenswert sind. Das ist dann das Niveau von Philistern.“ u. b. k.

Rektor Biedenkopf fand den Dreh

BONN. Wie das Blatt der Bonner Studentengewerkschaft in seiner letzten Ausgabe mitteilte, soll Rektor Biedenkopf bei einer CDU-Veranstaltung in Beuel bei Bonn folgendes zum Disziplinarrecht an den Unis in Nordrhein-Westfalen geäußert haben: Ganz einfach. Die Beweislast wird einfach umgekehrt. Die Universität erhält das Recht, von sich aus jederzeit eine Immatrikulation widerrufen zu dürfen. Dann ist der unliebsame Student erst einmal draußen. Will er doch noch Examen machen, dann kann er ja zum Verwaltungsgericht gehen und klagen, eine Instanz um die andere. Rechtsstaatlichkeit bleibt gewahrt. Der Student bleibt draußen.

Studentenzeitung beschlagnahmt

Die letzte Ausgabe der LSZ (Liberaler Studentenzeitung), das überregionale Organ des Liberalen Studentenbundes, ist beschlagnahmt worden. Anlaß zu diesem Schritt ist die veröffentlichte Anleitung zum Bau des sogenannten Molotowcocktails, eines Sprengkörpers aus Benzin und Seifenpulver.



Jetzt kommt der große Babyboom

BONN/BERLIN (dpa). Mit einer Modellrechnung haben Mitarbeiter der Kultusministerkonferenz versucht, den Hochschulbesuch und die Studentenzahl des Jahres 1968 vorzuschätzen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß im Jahre 1980 ohne strukturelle Veränderung des Studiums mit rund 476 000 Studenten zu rechnen ist. Die Zahl der deutschen Studienanfänger würde bis 1980 an den Wissenschaftlichen

Hochschulen etwa 93 000 jährlich betragen (1964/65 etwa 45 000). An den Pädagogischen Hochschulen wäre mit fast 30 000 Studienanfängern um 1980 zu rechnen (1964/65 rund 16 000).

Bei der Verteilung der Studienanfänger auf Studienfachgruppen würde sich nach dem hypothetischen Berechnungsmodell folgende Entwicklung zeigen:

	Studienjahr	
	1964/65	um 1980
Theologie	1 521	1 400
Kulturwissenschaften	10 582	23 800
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	12 286	23 600
Medizin	5 634	12 500
Mathematik und Naturwissenschaften	8 546	17 700
Technische Wissenschaften	5 758	12 300
Land- und Forstwissenschaften	516	800
Veterinärmedizin	487	800
Zusammen	45 330	92 900

Gesamtzahl der deutschen Studierenden	Wintersemester	
	1964/65	um 1980 ohne Studienreform
Theologie	7 645	6 800
Kulturwissenschaften	50 030	109 400
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	57 178	117 100
Medizin	32 379	65 000
Mathematik und Naturwissenschaften	39 523	97 900
Technische Wissenschaften	35 943	72 900
Land- und Forstwissenschaften	2 376	3 100
Veterinärmedizin	1 563	3 500
Zusammen	226 637	475 800

3. Die hohe Zahl von Studenten in den Kulturwissenschaften ist vor allen Dingen dadurch begründet, daß zahlreiche Studierende den Lehrberuf anstreben. Eine Neuordnung

der Lehrerbildung, die die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen nicht mehr scharf voneinander trennt, könnte hier entlastend wirken.

Politische Christen

BOCHUM (BSZ). In einem Artikel unter der Überschrift „Zornige junge Theologen und zwei belanglose Kirchen“ veröffentlichte die FRANKFURTER RUNDSCHAU am 6. Februar auch eine Erhebung an der evangelischen Abteilung der RU. Danach haben 56 % der evangelischen Theologiestudenten in Bochum angegeben, sie wollten sich rüsten, um später anderen Menschen helfen zu können. 86 % sind der Meinung, die Theologie müsse durch andere Fächer ergänzt werden.

Theologiestudenten von politischem Engagement am ehesten entsprechen, lagen der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) mit 54 Prozent an der Spitze. Nur vier Prozent nannten den Ring Christlich-DEMOKRATISCHER Studenten (RCDS).

Haushalt 1968

BOCHUM (BSZ). Die Haushaltspläne der Studentenschaft für 1969 wurden vom Parlament festgestellt. Die Einzelpläne sind zur Einsichtnahme am Schwarzen Brett in Baracke 8 ausgehängt.

Die Haushaltspläne der Studentenschaft für 1969 wurden vom Parlament festgestellt. Die Einzelpläne sind zur Einsichtnahme am Schwarzen Brett in Baracke 8 ausgehängt.



Durst löscht man mit Schlegel



WASSERWERFER IM EINSATZ

Aber 3000 Demonstranten ließen sich nicht einschüchtern

Die Bochum Gelsenkirchener Straßenbahnen AG hatte die Preiserhöhung noch immer nicht zurückgenommen, und zum zweiten Mal innerhalb einer Woche gingen am Samstag Schüler, Studenten und Lehrlinge auf die Straße, um dagegen zu protestieren. Sprechchöre skandierten den von einem Plakat spontan übernommenen Spruch:

**Die Bogestra ist ungeheuer
erstens: Schelke
zweitens: teuer!**

Nach der Melodie von Gloryland sangen sie, weniger fromm als die Lords: „Nieder mit der Bogestra...“, und berittenen Gesetzeshüter scholl es entgegen: „Hoppe, hoppe Reiter, wenn er fällt, dann schreit er.“

Doch die Reiter fielen nicht, statt dessen trabten sie vor dem Schauspielhaus nicht sehr sanft zur Stelle. Zu Beginn der Demonstration versicherte der joviale Freund und Helfer im Lautsprecherwagen, auch sein Sohn demonstrierte mit. Seine Kollegen mit dem Wasserwerfer spritzten dann vielleicht auch auf eben diesen Sohn.

Der Protestmarsch, sinnloserweise zunächst zum sonnabendlich leeren Rathaus gelenkt, litt anfangs darunter, daß weit und breit kein Fahrzeug der Bogestra anzuhalten war. Mehrere Gruppen machten sich verzweifelt auf die Suche. Endlich, neben dem Wochenmarkt, fand man etliche Busse, lud sie zum Halten ein, und zischend entwich Luft aus den Reifen. Auf dem Markt florierte unterdessen das Geschäft. Die Verkäufer von besonders saftigem Gemüse oder wohlfeilen Kiefern erlebten eine Konjunktur sondergleichen. Zu Wurfgeschossen entfremdet, landeten soldatart Lebensmittel auf den Bussen und den schmucken grünen Uniformmänteln der Polizisten, die neben den Bussen herumlungerten. Wußten diese bisher noch nicht so recht, warum sie überhaupt hier waren, so machten sie jetzt energisch Front gegen die Demonstranten und griffen aus der Menge diesen oder jenen, der ihnen ein rechtes Rädelsführergesicht zu haben schien.

Zum ernstesten Zwischenfall kam es dann

vor dem Schauspielhaus, wo die Demonstranten die Kreuzung besetzt hielten und die Polizisten mit ebenso ungerechtfertigten wie unnützen „Mörder!“-Rufen aufreizen. Polizeiketten, Polizisten auf Pferden, die deren bekannt größeren Köpfen offensichtlich das Denken überließen, übernahmen dann die Räumung der Kreuzung. Rainer Duham und ein ASTA-Lautsprecherwagen wurden von einem grüngekleideten Haufen beiseite eskortiert.

Törichterweise traten jetzt auch noch Wasserwerfer in Aktion, obwohl die Kreuzung längst frei war, bis auf ein winziges Grüppchen, das tapfer hinter einem Verkehrszeichen ausharrte und naß bis auf die Knochen wurde. Doch das Wasser wirkte nicht abkühlend, sondern eher wie ins Feuer gegossenes Öl. (Sprechchöre: „Zugabe, Zugabe!“) Die Folge war, daß noch stundenlang Demonstranten vom Rathaus zum Bahnhof, dann zum Schauspielhaus und wieder zurück irrten, den Verkehr blockierten und sich für die nächste Protestaktion einiges vornahmen.

Nach dem doch recht rabiolen Vorgehen vor dem Schauspielhaus sprachen linke Studentenführer mit gewissem Recht von einer Notstandsübung, wengleich der Vorwurf faschistischer Methoden etwas weit hergeholt zu sein scheint. Wasserwerfer gehören überall zum Instrumentarium einer hilflosen Polizei, sei es in Berlin, in Madrid, in Bochum, in Bremen oder in Prag.

An den Schülern und Studenten ist es nun, zu zeigen, daß sie sich nicht einschüchtern

lassen und weiterhin für ihre gerechtfertigten Forderungen eintreten. Auf Ausschreitungen sollten sie aber ihrerseits tunlichst verzichten, ein Sit-in auf einer Kreuzung ist wirksamer als „Mörder! Mörder!“-Geschrei und Eigelb auf Polizistenmänteln.

Westermann



DR. HAMMER Mayonnaise je öfter - je lieber!

Endlich ein konstruktiver Vorschlag!

Nach den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung der BoGesra wurde der ASTA in vielen Zuschriften von Bochumer Bürgern ermuntert, in seinen Bemühungen um soziale Fahrpreise fortzufahren. (Zu Ihren Anstrengungen toll, toll, toll!) Skeptische Mitbürger verlangten am Telefon ihr Taxi-fahrgeld zurück. Der konstruktivste Vorschlag aber kam von Hermann Sprenger aus Horneburg, Hauptstraße 19. Wir wollen unseren Lesern diese Anregung nicht vorenthalten und drucken deshalb seinen Brief hier ab:

An den Vorsitzenden
der Studentenschaft der Ruhruniversität!

Sehr geehrter Herr!

Die dauernden Preissteigerungen auf jeglichem Gebiet sind mir schon lange ein Dorn im Auge. Nichts und gar nichts wird unternommen, um einmal irgendwie Preise zu senken.

Die Demonstrationen in Bochum wegen der Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahngesellschaft möchte ich nun zum Anlaß nehmen, mit Ihnen zu sprechen. Viele Jahre habe ich darüber nachgedacht, wie man wohl ein Elektrizitätswerk bauen könnte, das den elektrischen Strom entschieden billiger erzeugen kann. Ich habe ein System ausgedacht, welches meines Erachtens das geeignetste ist. Nach allen Erwägungen ist dieses System imstande, ganz billig jede Menge elektrischen Strom zu erzeugen. Wenn ein Elektrizitätswerk mit ganz geringen Unkosten den Strom erzeugt, müßte man doch auch denselben recht billig abgeben können. Und das will ich.

Ich habe mir daher gedacht, wenn die Stadt Bochum mir den Auftrag erteilt, ein Elektrizitätswerk nach meinem System zu bauen, vielleicht zunächst erst einmal für die Straßenbahngesellschaft, und ich den Strom entschieden billiger liefere, müßten die Unkosten bei der Straßenbahngesellschaft doch

absinken, so daß diese in die Lage versetzt würde, auch den Fahrpreis herabzusetzen. Zudem würde ich ja einen Vertrag mit der Gesellschaft abschließen, wonach diese Strom in unbegrenzter Menge abnehmen dürfte. Dadurch würde die Gesellschaft noch in die Lage versetzt, die große Zahl der Autobusse auf elektrischen Strom umzubauen. Die vielen Autobusse verschlingen doch ganz bestimmt eine enorm große Menge Brennstoff; wenn jetzt diese Busse elektrisch fahren könnten, ohne daß die Gesellschaft mehr für den Stromverbrauch zu zahlen hätte, müßte der Betrieb doch ganz erheblich billiger werden und somit der Fahrpreis gesenkt werden können.

Ich möchte über meinen Plan einmal mit Ihnen sprechen, vielleicht hilft mir das, die Stadtverwaltung anzuregen, daß dieselbe mir den Auftrag erteilt, ein solches Elektrizitätswerk zu bauen.

Ich befrage Sie denn hiermit, ob Sie wohl bereit sind, mit mir die Sache gemeinsam durchzusprechen?

Hochachtungsvoll!
Hermann Sprenger

Studentenkabarett

BOCHUM (BSZ). Kurz vor Karneval präsentiert sich das Bochumer Studentenkabarett mit seinem zweiten Programm („Morgen, morgen, nur nicht heute“) als Schnulzenzunft. „Diesmal aber wirklich aufrütteln und schockieren“ — dieses Ziel verfolgt kompromißlos nur Herr Beyer, der talentierteste Pointentöter des Ensembles. Texte und Musik sind weitgehend von sentimentaler Kaffeehausmentalität geprägt, treiben Gemütsmassage und orientieren sich am Mittelweg des „gesunden Menschenverstands“, der augenscheinliche Extreme aller Art auf die immer gleich humorige Weise zu egalisieren versteht. Man recherchiert nicht neue Darbietungsmöglichkeiten von Protest und Affront, sondern versucht den Kraftakt, mit einem Minimum an szenischen und mimischen Einfällen dennoch eine Publikumswirkung derselben Sorte und Güte zu erzielen, wie sie den virtuoseren Genußstrategen vom Kom(m)ödchen und der Lachgesellschaft gelingt. Ganz folgerichtig findet man sich denn auch fast wirklich so gut, wie es die Lokalpresse im Überschwang behauptet.

Ganz neues 17.-Juni-Gefühl

BOCHUM (BSZ). Die Senatskommission für Studentenschaftsfragen hat auf Anregung der Studentenvertreter den Antrag an den Senat gestellt, daß am 17. Juni von den verschiedenen Abteilungen Vorlesungen und Seminare angeboten werden sollen, die sich mit der Entwicklung des betreffenden Fachgebietes in der DDR befassen sollen.

Mit dieser
attraktiven
Reiseschreib-
maschine
werden Sie
überall
bewundert.



ADLER tippa S

Verkauft durch:



ADOLF LOEWE

BOCHUM

Kortumstraße 95 - Ruf 62541

Demonstranten, wollt ihr ewig leben?

... Das ist der allgemeine Tenor in der Bochumer Öffentlichkeit, zumindest nach der zweiten Demonstration am verkaufsoffenen Samstag dieses Monats. Die dauernden Beteuerungen der Demonstrationsleiter, daß man friedlich für eine gerechte Sache demonstrieren wolle, scheinen im gestörten Einkaufsbummel verpufft zu sein. Gewiß, die Rechtmäßigkeit des Anliegens wird zumeist eingesehen, aber... auf der Straße und auf den Schienen haben Schüler und Studenten bei allem Verständnis nichts zu suchen.

So der wohlstandssatte, endlich überhaupt einmal empörte Bochumer Normal-Demokratieverbraucher, für den Ruhe, Ordnung, allgemeine Stabilität das letzte Glück bedeuten, das er sich von unserem Staat erhoffen darf. Demokratie ist für unseren Samstagsnachmittags-einkäufer persönliche Sicherheit, Ungestörtheit, Selbstzufriedenheit, ja Lethargie.

Kein Wunder also, daß er nicht einsehen kann, daß Schüler, Lehrlinge und Studenten auf der Viktoriastraße keineswegs den oft zitierten Aufstand proben, sondern lediglich auf unsoziale, fast undemokratische Maßnahmen reagieren. Bildungspolitik allein ist für manchen schon etwas Verworrenes, wenn nicht Verworrenes, um wieviel mehr dann erst soziale Bildungspolitik!

Und dafür treten wir letztlich ein, nicht durch Agitation, sondern durch Demonstration. Zweifellos können manche Schüler zwischen 12 und 15 Jahren, die schon recht eifrig die preislich durch die Mehrwertsteuer kaum betroffenen Eier auf dem Markt erstanden, diese Begriffe nicht immer sauber trennen; doch immerhin ist ihnen gesagt worden, daß man 1. „demonstrieren“ und 2. „Straßenbahnen anhalten“ dürfe, ohne dafür gleich vor den Kadi zitiert zu werden. Wehe dem, der solch ungeheure Möglichkeiten nicht erkennt! Doch wie dem auch sei, man weiß schließlich, daß es gegen unsoziale Fahrpreiserhöhungen der BoGesra geht! Die meisten Schüler haben nicht nur Geschmack an der Sache bekommen (sie haben nicht nur das Happening erblickt), sie sind auch überzeugt von der Sache, für die sie nicht nur angeblich eintreten.

Und fürwahr, es erscheint notwendig, die

Öffentlichkeit, jeden einzelnen Bürger, aufmerksam zu machen auf Fahrpreiserhöhungen, die sich fast ausschließlich auf sozial sehr schwach gestellte Bevölkerungsschichten auswirken. Es erscheint notwendig, für eine vernünftige, sozialere, gerechtere Bildungspolitik zu plädieren. Bedauerlich, aber auch wohl unvermeidbar ist es dabei, daß doch dann und wann etwas beschädigt wird, und sei es bei dem Verlangen, dem „Bürger“ Heinemann irgendwelche Zusicherungen zu entlocken. Zurück bleibt immer das befriedigende Gefühl, daß man sich auf demokratische Weise für eine gerechte Sache eingesetzt hat.

Um so unverständlicher mutet die Entscheidung der Schulsprecher der Bochumer höheren Schulen an, sich von künftigen Protestaktionen zu distanzieren, falsch verstandene Rücksicht zu üben, die eben erst begonnene Verbindung zwischen Schülern, Lehrlingen und Studenten indirekt zu liquidieren. Dennoch, die Schüler werden sich weiterhin an Demonstrationen beteiligen, nicht zuletzt unterstützt auch von Schulsprechern (und auch Schülerzeitungen), die den Beschluß der Schulsprecher-versammlung als ein selbst gewolltes Staatsbegräbnis für die SMV deklarierten. Friedhelm Schütze, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Bochumer Schülerzeitungen.

Bernsmann in die Nationalmannschaft

Bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Judo am 10./11. Februar in Clausthal-Zellerfeld wurde der 20 Jahre alte Jurastudent Klaus Bernsmann Deutscher Hochschulmeister im Leichtgewicht. Bernsmann setzte sich gegen die starke Konkurrenz durch, in der sich unter anderem auch der vierfache deutsche Hochschulmeister und zweifache internationale deutsche Meister Jünger von der TH Aachen befand.

Durch seinen Sieg in Clausthal kämpfte sich Bernsmann in die deutsche Studenten-nationalmannschaft.



BoGesra-Lied

Schenken wir Graf Hardenberg
einen kleinen Gartenzwerg,
daß er seinen Garten pflast
und uns demonstrieren läßt

Bürgermeister Heinemann
meint wohl, daß ihm keiner kann,
breit sitzt er im Aufsichtsrat
wo er uns verraten hat

Trotz der neuen Mehrwertsteuer
ist der Fahrpreis viel zu teuer
immer wieder auf die Schwachen
das könnt ihr mit uns nicht machen!

Polizei und Wasserwerfer
macht das Unrecht nur noch schärfer.
Seht es ein: auf diese Weise
schafft ihr's nicht, drum senkt die Preise!

nieder...
F. K.



**Kenner
Dortmunder Biere
schwören
auf
Dortmunder Kronen**

IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni

Im Westenfeld 22

Tel.: 511015

Fast jeder dritte fällt durch die Zwischenprüfung

BOCHUM (BSZ). — Aus dem jetzt fertiggestellten Bericht des Beauftragten der Studentenschaft, Helmut Klatt, geht hervor, daß von 484 stattgefundenen Zwischenprüfungen in allen Abteilungen der RU 146 nicht bestanden wurden, das sind 30,2 Prozent!

In dieser Zahl sind einerseits jedoch noch nicht z. T. die neuesten Ergebnisse (vor allem Philologie) berücksichtigt. Andererseits wird das Bild positiv korrigiert, wenn die Ergebnisse der Juristen hinzugezählt werden. Diese Abteilung schneidet sowohl mit den absoluten als auch den Verhältniszahlen am besten ab: bis zum SS 1967 haben insgesamt 401 Vorprüfungen stattgefunden, von denen nur 35 (= 8,7 Prozent) nicht ausreichend waren.

Dieses Ergebnis spricht offenbar in allen Punkten für das in dieser Abteilung prakti-

zierte Verfahren einer weniger repressiven Zwischenprüfung. Dadurch wird das Gesamtbild zwar günstig beeinflusst (von total 885 Zwischenprüfungen nur 181, respektive 20,5 Prozent, nicht bestanden), täuscht jedoch über das z. T. völlig verhängende Prinzip der Zwischenprüfung in anderen Abteilungen hinweg.

Die Ergebnisse in den Abteilungen mit den meisten Studentenzahlen sind:
Wirtschaftswissenschaft (bis Wintersemester 1967): 157 Zwischenprüfungen haben stattgefunden, davon 50 (= 31,8 Prozent) nicht bestanden. Von Prüfung zu Prüfung stieg die Quote der ungenügenden Leistungen auf zuletzt 41,2 Prozent;
Philologie (bis SS 67 II; WS 66/67 liegt nicht vor): von 244 stattgefundenen Prüfungen wurden 83 (= 34 Prozent) nicht bestanden oder teilweise nicht bestanden. An

der traurigen Spitze stehen hier die Romanisten (von 66 Vorprüfungen 28 = 42,4 Prozent nicht bestanden), es folgen die Germanisten mit 29 (= 30,5 Prozent) von 95 Zwischenprüfungen nicht bestanden und dichtauf die Anglisten mit 20 (= 29,4 Prozent) ungenügenden Prüfungen. Bei den Alphilologen (20 Prüfungen durchgeführt, 5 nicht bestanden) und den Slawisten (5, 1) haben Verhältniszahlen wohl kaum eine Aussagekraft.

Geschichtswissenschaft (hier liegen nur inoffizielle Angaben vor): von 46 Vorprüfungen insgesamt 5 (= 10,8 Prozent) nicht bestanden.
Psychologie (bis 1. 1. 1968): von 28 Zwischenprüfungen 6 (= 21,4 Prozent) nicht bestanden.

Sozialwissenschaft: Hier erstaunt vor allem die niedrige Zahl der Meldungen. Nur 8 Zwischenprüfungen fanden bisher statt, davon waren 2 nicht bestanden. Unter Umständen muß man dieses Ergebnis auf die zögernde Haltung der Fachstudenten zurückführen, die die enorm hohen Anforderungen der Diplomvorprüfung in 4 Semestern nicht glauben bewältigt zu haben.

Von anderen Fächern (außer Mathematik, 1 bestandene Zwischenprüfung) liegen noch keine Zahlen vor.

Die Dokumentation der Studentenschaft umfaßt alle in mühevoller Kleinarbeit von Helmut Klatt zusammengetragenen Fakten und Tatsachen über die Studiensituation, die Lage der Studentenschaft und ihrer Fachorgane. So unvollständig sie in Teilen sein mußte, so wertvoll ist sie als die erste empirische Bestandsaufnahme an der Ruhr-Universität. Sie wird in diesen Tagen allen Interessierten zugestellt.

A. W. Michel jr.

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

Aufführung des Musiktheaters im Revier

„RIGOLETTO“

Oper von Verdi

Sonntag, den 25. Februar 1968, 20.00 Uhr

Anrechnung (für Studierende 50 % ermäßigt) im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich.



Studentenservice

Das Studentenwerk Bochum e. V. ist auch Ihre Selbsthilfeeinrichtung! Ihnen wird angeboten:

- Krankenversorgung
- Unfallversicherung
- Kraftfahrzeugversicherungen zu Mini-Preisen
- Zimmervermittlung
- verbilligter Einkauf von Gebrauchsgegenständen
- Schreibmaschinen zu Vorzugspreisen
- Studentenfahrschule (Anmeldungsgebühr nur 30 DM; jede Fahrstunde à 45 Minuten nur 11 DM)
- Reisendienst (der Sommerprospekt ist erschiene)
- Überbrückungsdarlehen in begründeten Fällen (und zinslos)
- Studienskripten (bisher vorhanden: „Leitsätze für das öffentliche Recht“ von Prof. Münch)

In allen Fällen wenden Sie sich am besten zuerst an das Studentenwerk, die einzige Institution in der Bundesrepublik, die diesen Namen verdient — von der Studentenschaft eingerichtet und betrieben, für die täglichen Bedürfnisse der Studierenden. Geöffnet von Montag bis Freitag von 10 bis 14 Uhr, Baracke 8.

Vorläufig kein Hochschulgesetz für NRW

DUSSELDORF (dpa). Ein Hochschulgesetz für Nordrhein-Westfalen ist vorerst nicht zu erwarten. Kultusminister Fritz Holthoff erklärte ein Hochschulgesetz angesichts der Lage der Hochschulen für verfrüht. Ein Gesetz werde im gegenwärtigen Zeitpunkt, so sagte er, die Reformbestrebungen der einzelnen Universitäten, vor allem die Neugründungen in Bochum, Dortmund und Bielefeld, nur blockieren. Der Staatssekretär im Kultusministerium, Professor Dr. Hermann Lübke, meinte, eine einheitliche Reform der Hochschulverfassung sei unangebracht, solange sich die Universitäten selbst nicht über eine Lösung im klaren seien.

Nicht nur für Männer!

Für alle Kenner

FIEGE PILS



BRÄUEREI MORITZ FIEGE BOCHUM SEIT 1878

Vorsicht, Mitbestimmung!

Die Forderung der Studenten nach Mitbestimmung bei Berufungsfragen begründet sich in dem unmittelbaren Interesse, das die Studenten an der Lehre haben. Alle Lehrveranstaltungen (einschließlich Vorlesungen) sollten in erster Linie der kritischen Diskussion der angebotenen wissenschaftlichen Ergebnisse und der aus ihnen resultierenden Konsequenzen für die Gesellschaft dienen und nicht der Indoktrination des vom Professor akzeptierten Lehrstoffes.

Dem Studenten die Fähigkeit abzusprechen, den Lehrstoff verstehen und seinen Gehalt überprüfen zu können, impliziert nicht nur eine unverantwortliche Verlängerung des Zustandes der Unmündigkeit und einer Verfestigung des autoritär-hierarchischen Verhältnisses zwischen Studenten und Professoren; diese permanente geistige Unterdrückung muß schwerwiegende Folgen für eine demokratische Gesellschaft haben, für deren Bestand der kritisch-bewußte Staatsbürger unabdingbare Voraussetzung ist. Die Verdammung des Studenten zum Nurenlernen verhindert von vornherein jede Reflexion über das Vermittelte. Der auf diese Weise zum „sachgerecht funktionierenden“ Beamten oder Angestellten erzogene Student wird ohne Widersprüche alle an ihn gestellten Anforderungen erfüllen.

Die Frage der gesellschaftspolitischen Bedeutung seiner Tätigkeit wird sich ihm nicht nur nicht stellen, er wird sich im Gegenteil jeder sozialen und politischen Veränderung widersetzen, da diese die sachgerechte Ausübung seiner Arbeit behindern würde.

Ebenso ist der Professor nicht der über alle Kritik erhabene, nur „sachorientierte“ Wissenschaftler. Er muß sich seiner politischen und moralischen Verantwortung bewußt werden und daher seine wissenschaftlichen Prämissen der allgemeinen Diskussion zugänglich machen. Die Fachstudenten, als die von den Berufungen am meisten Betroffenen, müssen vor einer Berufungs Gelegenheit haben, die Voraussetzungen der in Frage kommenden Kandidaten kennenzulernen. Gemeinsam mit den Dozenten entscheiden die Studenten dann über die endgültige Berufungsliste.

Zahlreiche Professoren erkennen das Recht der Studenten auf Mitwirkung bei Berufungen an. Von einigen sind entsprechende Vorschläge zur Neuregelung des Berufungsverfahren gemacht worden.

Warum versucht die Studentenschaft nun nicht, mit diesen Professoren die Mitbestimmung zu erreichen?

Der von der Fachschaft Anglistik für die Berufungskommission gewählte Student wurde von der Fakultät mit dem Hinweis auf eine schlechte Zensur (2—3) in einer Seminararbeit und auf fehlende oder schlechte Proseminarscheine abgelehnt, obwohl er durch sein Promotionsthema, das auch Fragen der Linguistik umfaßt, für die Mitwirkung bei der Berufung eines Professors für Linguistik besonders qualifiziert gewesen wäre. Auf Vorschlag der Fakultät wurde von Thiedemann Mitglied der Berufungskommission.

In einer autoritär strukturierten Universität kann es keine echte Mitbestimmung der Studenten bei Berufungen geben. Von der Gnade der Professoren hängt es ab, ob die Studenten gefragt und beteiligt werden oder nicht. Jederzeit kann dieses von den Professoren zugestandene Recht den Studenten wieder entzogen oder nur in einer den Professoren angenehmen Weise gehandhabt werden. Die Abhängigkeitsverhältnisse sind nicht aufgehoben und verhindern echte Mitbestimmung. Aus diesen Gründen legt die Studentenschaft keinen isolierten Vorschlag für die Neuregelung der Berufungen vor.

Nur im Rahmen einer demokratischen Hochschulverfassung, wie sie z. Z. von der Studentenschaft ausgearbeitet wird, kann diese Frage geregelt werden. Alle Versuche innerhalb einer Hochschule, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse erhalten will, für die Studenten das Recht auf Mitbestimmung in einzelnen Fragen durchzusetzen, sind nicht im Sinne einer Demokratisierung der Universität, sondern dienen unter dem Deckmantel des demokratischen Verfahrens der Verfestigung der vorhandenen autoritären Ordnung. Das Problem der Mitarbeit der Studentenschaft im Konvent, Senat und seinen Kommissionen sowie in den Gremien der Fakultät sollte unter diesem Gesichtspunkt neu durchdacht werden.

Die vom Rektor vorgelegte Disziplinarordnung erweist in aller Schärfe, wie fragwürdig die den Studenten zugestandenen Rechte tatsächlich sind. Solange Ruhe bewahrt wird, läßt man sie gern mitmachen, doch im Falle grundlegender Kritik verschließt man ihnen die Türen (nach der „Ordnungsvorlage“ des Rektors in Zukunft auch die Universität). Carla Boulboullé

Immatrikulationsfeier abschaffen

BOCHUM. (BSZ) Die Immatrikulationsfeier soll abgeschafft werden. So lautet ein Antrag der Senatskommission für Studentenschaftsfragen an den Senat. Dafür soll in jedem Semester ein Hochschultag stattfinden, an dem hochschulpolitische Probleme diskutiert werden sollen.

Die Immatrikulationsfeier war seit Eröffnung der Ruhr-Universität für alle Beteiligten unbehaglich. Man wußte mit diesem „alten Zopf“ nichts Rechtes anzufangen. Ernsthaftige Gedanken über die Neugestaltung machte man sich nach dem Eklat des Sommersemesters 1967: etwa zehn Professoren hatten aus Protest gegen die Rede des damaligen Studentenschaftsvorsitzenden Erich den Saal verlassen. Man erkannte, daß mehr Bedürfnis nach Diskussion als nach feierlicher Atmosphäre mit klassischer Musik besteht.

Nun also soll sie nicht mehr stattfinden — falls der Senat dem Antrag der Kommission, der auf die Initiative der Studentenvertreter zurückgeht, zustimmt. Statt dessen soll ein Hochschultag stattfinden, in dessen Verlauf am Vormittag nach programmatischen Erklärungen von Rektor und Studentenschaftsvorsitzenden ein Referent, der nicht zur Universität gehört, über ein hochschul- oder kulturpolitisches Thema sprechen soll. Nachmittags werden verschiedene Seminare zu Themen stattfinden, die aktuellen Bezug zur Hochschulpolitik haben.

Der Kritische Blick allein genügt nicht!



SIE BRAUCHEN AUCH DEN FACHMANN-SIE BRAUCHEN
KEIL & KATH
 TEPPICHE UND GARDINEN
 BOCHUM, BONGARDSTR. 24/28

Aufruf: Wider die säkularisierte Predigt

— Was haben Sie getan, als Sie sich in der Vorlesung das erste Mal beim Männchenmalen ertappten?

Haben Sie sich oder irgend jemand einmal nach den Vorlesungsmitschriften der letzten Semester gefragt?

— Kommen Ihnen in der Hast des Mitschreibens manchmal Fragen?

— Wie oft erleben Sie es, daß ein Professor Ihnen sagt, woher er seine Informationen hat?

— Wann haben Sie jemals eine Vorlesung verlassen, wenn sie in der Repetition von Namen, Jahreszahlen, Lexikonditionen bestand?

— Über wieviel Prozent des Vorlesungs-„Stoffes“ — glauben Sie — könnte man anderer Meinung sein?

— Hat Ihnen ein Professor schon einmal gesagt, was seine Meinung ist?

— Scheuen Sie sich vor der Frage: WERDE ICH IN DEN VORLESUNGEN FÜR DUMM VERKAUFT?

Kommilitonen!

Über 50 % der Vorlesungsweisheit steht schon gedruckt in Büchern!

Während sich die wissenschaftliche Literatur laufend verdoppelt, glaubt man immer noch, mit der Verbreitung von Handbuchwissen ein übriges tun zu können, anstatt kritisches Frage- und Orientierungswissen zu provozieren! Und was die Übermittlung von Sachinformationen angeht:

Es gibt technische, audio-visuelle Methoden dafür, nur keiner traut sich, sie anzuwenden!

Verlangen Sie gegen Ende des Semesters ein Kolloquium zur Didaktik der Vorlesung!

Verlangen Sie für das nächste Semester Erläuterungen und Begründungen des Vorlesungsthemas!

Und vor allem: Verlassen Sie demonstrativ jede Vorlesung, in der Sie für dumm verkauft werden!

Lehrstühle öffentlich ausgeschrieben

BOCHUM (BSZ). Einen offenen Brief richtete die Fachschaft Wirtschaftswissenschaft an die Fraktionen der SPD, CDU und FDP im Landtag und an den Kultusminister von NRW. Sie beklagt darin, daß es bis heute an der RU Bochum keine Möglichkeit zur Ausbildung zum Studienrat an berufsbil-

denden Schulen gibt. Eine Hauptursache dafür sieht die Fachschaft in der, wie es heißt, „bürokratischen Schlampelei“. Nach vorsichtiger Schätzung wird die Zahl der Studierenden an der RU, die das Berufsziel eines Studienrates anstreben, mit ca. 200 angegeben.

Für soziale Gerechtigkeit
leistungsgerechte Bezahlung
Sicherung des Arbeitsplatzes
Ausweitung der Mitbestimmung
mit der erfolgreichen Gewerkschaft



Aus dem Studentenparlament

In Stichpunkten die wichtigsten Ereignisse der 12., 13. und 14. o. Sitzung:
Das SP beauftragte den Vorstand einen Brief an die katholischen Bischöfe des Landes NRW zu senden. Inhalt: Ein tolerantes Schulrecht bedingt Toleranz für alle, und nicht nur für katholische Schüler. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die Bischöfe sich sachlich nicht haltbarer Argumente bedienen.
Mit dem für den 30. 1. 1968 angekündigten Gegenentwurf einer Verfassung konnte sich das SP noch nicht beschäftigen, weil der Vorstand (in Zusammenarbeit mit einem Verfassungsgremium) den Entwurf noch nicht vorgelegt hat. Die Haushaltsrahmenordnung wurde in der ersten Lesung verabschiedet. Die zweite Lesung des 69-§-Werkes wird (sofern das SP dazu bereit ist) in der 14. vertagten Sitzung am 13. 2. 1968 erfolgen.
Das SP wählte einen Studentenwerksausschuß, der sich mit allen Problemen, die das Studentenwerk (auch DSKV) betreffen, beschäftigen. Vorsitzender ist L. A. Versteyl, weitere Mitglieder Fri. Klein-Schönfeld, die Herren Baltes, Duhm und Schnur.

Bei der Neuwahl für den Vorsitz des Ältestenrats (für den zurückgetretenden Herrn Schleicher) konnte Referendar D. C. Dicke zweimal die nötige Zweidrittelmehrheit nicht erreichen. Danach verzichtete er auf eine weitere Kandidatur, wofür das Vertrauen nicht das Vertrauen darauf sein kann und darf, daß die politischen Konsequenzen der Entscheidungen des Gewählten den Wählern angenehm sein werden. Es sollte vielmehr das Vertrauen darauf sein, daß der Gewählte stets und bei allen seinen Entscheidungen seine politischen Anschauungen nicht beachten und hinter dem Recht zurückweichen lassen wird.
Ein Mißtrauensantrag des SDS gegen Christoph Zöpel, den Senatssprecher der Studentenschaft, wurde mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt.
Die Haushaltspläne für 1968 der Studentenschaft und für das Studentenwerk wurden in der 1. Lesung verabschiedet, indem sie an den Haushaltsausschuß des SP verwiesen wurden. Allerdings hat sich der Ausschuss geweigert, die Pläne zu behandeln, ehe nicht die Haushaltsrahmenordnung verabschiedet ist.
Es wurde der Finanzprüfungsausschuß 1968 gewählt, bestehend aus den Herren Genß, Haferburg, Heppner, wovon Genß im Anschluß an die Sitzung wieder von seinem Amt zurücktrat.
In einem Beschluß fordert das SP den Senat der RU auf, unbeschadet der Regelungen der künftigen Universitätsverfassung ab sofort seine Sitzungen öffentlich durchzuführen.
In einem weiteren Beschluß fordert das SP, daß von den Senatoren anläßlich der öffentlichen Diskussion über das Berufungsverfahren eine offizielle Stellungnahme in Sachen Kesting abgegeben werden soll.

ment die Abwahl seiner Repräsentanten hinnehmen.
In Köln, wo drei Jahre lang RCDS-Chef Lepple AStA-Vorsitzender war, sitzt jetzt ein SDS-Vertreter auf dem AStA-Thron. Ihm zur Seite stehen zwei SHB-Mitglieder. Lepple, noch VDS-Landesvorsitzender, stolperte über eine Israelfahrt, die er sich bewilligt hatte.
Freitag schließlich wurde das Ergebnis der Parlamentswahlen in Münster bekannt. Von 26 Sitzen errangen SHB und SDS 12 (bisher 4). Dazu haben sich zwei unabhängige Kandidaten geschlagen, so daß die Linksrufen hier die absolute Mehrheit besitzen. Der RCDS, bisher dominierende Hochschulgruppe, kam trotz großen Werbeaufwands nur auf zwei Sitze.

Rot, röter...

Beachtliche Linksrutsche gab es in den letzten Wochen bei Neuwahlen oder AStA-Neubesetzungen an den deutschen Universitäten. Bei einer beachtlichen Steigerung der Wahlbeteiligung (von 38 auf 60 %) errangen die linken und liberalen Studenten in Kiel die absolute Mehrheit im Parlament. Damit dürfte auch das Argument entkräftet sein, die linken Gruppen könnten ihre Siege nur auf die allgemein geringe Wahlbeteiligung zurückführen.
In Göttingen behauptete sich der SDS, dicht gefolgt von SHB und HSU. An den Universitäten Nordrhein-Westfalens gibt es seit Freitag nur noch linke Studentenvorstände. In Bonn stellt der SHB den AStA-Vorsitzenden, der RCDS, der bisher den AStA besetzte, mußte im Studentenparla-

ment die Abwahl seiner Repräsentanten hinnehmen.
In Köln, wo drei Jahre lang RCDS-Chef Lepple AStA-Vorsitzender war, sitzt jetzt ein SDS-Vertreter auf dem AStA-Thron. Ihm zur Seite stehen zwei SHB-Mitglieder. Lepple, noch VDS-Landesvorsitzender, stolperte über eine Israelfahrt, die er sich bewilligt hatte.
Freitag schließlich wurde das Ergebnis der Parlamentswahlen in Münster bekannt. Von 26 Sitzen errangen SHB und SDS 12 (bisher 4). Dazu haben sich zwei unabhängige Kandidaten geschlagen, so daß die Linksrufen hier die absolute Mehrheit besitzen. Der RCDS, bisher dominierende Hochschulgruppe, kam trotz großen Werbeaufwands nur auf zwei Sitze.

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

Aufführung des Musiktheaters im Revier

„DIE FLEDERMAUS“

komische Oper von J. Strauß

Sonntag, den 18. Februar 1968, 20.00 Uhr

Anrechtscheine (für Studierende 50 % ermäßigt) im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich.

KU-teach-in Kritik der Friedensmodelle

Zur Kritik der Friedensmodelle von C. F. v. Weizsäcker und Georg Picht kam Sven G. Papcke, Chef des Republikanischen Clubs in Hamburg und Mitglied der KU Hamburg, nach Bochum. Papckes Demonstration kritisch-universitärer Haltung wies nicht nur eine formale Affinität zu den Publikationen des „Wohlfahrtsausschusses“, des „Komitees zur Untersuchung von Vorgängen im Lehrkörper der sozialwissenschaftlichen Abteilung“ auf („Dr. Hanno Kesting — Denker von gestern“, „Neue Lehre von der Diktatur“ über Roman Schnur, in Ruhr-Reflexe 7, „Dokumentation zur Berufung von Dr. Hanno Kesting“), sondern auch eine inhaltliche Übereinstimmung des Bewußtseinshorizontes der von Papcke rezensierten Professoren mit den Kesting, Schnur, Papalekas etc.

Weizsäckers „Politiker“, bloß affirmativ reagierende, im Kontext der existenten, zu stabilisierenden Realität, definieren Frieden schon als bloßes Überleben in der gegebenen „Ordnung“. (Kesting referiert lobend Donoso Cortés, der die Diktatur von rechts forderte, um die die Ordnung störende Revolution von links zu verhindern.) Weizsäcker rekurriert bei seiner Betrachtung des Unfriedens nur auf abstrakt sekundäre Phänomene wie Krieg, Hungersnöte, atomare Bedrohung, nicht aber auf deren Ursachen, eine Gesellschaft politischer Unterdrückung und sozialer Ausbeutung. Fehlende sozio-historische Kenntnisse führen Weizsäcker dahin, den Unfrieden auf eine „Wahrheit der Theologie“ zurückzuführen, auf des Menschen erbündhaft-onthologische Schlechtigkeit. (Gehlen, der Kesting nach Aachen holte, definiert den Menschen als chaotisches, nicht festgestelltes Wesen, dessen biologisch determinierte, existentiell-bösartige Anarchie von autoritären Institutionen streng in Zucht zu nehmen sei. Für Kesting wird die Idee des autonomen Menschen zum geistigen Hochmut des „Autonomismus“, er lehnt die Möglichkeit jeglichen Fortschritts ab. Er lastet revolutionären sozialen Wandel — in ungebrochenem Vertrauen auf die Macht des Wortes — den kleinen Verschwörern der „aggressiven“, politischen Haß verbreitenden Geschichtsphilosophie des Fortschritts an, abgelöst von der sozialen Wirklichkeit. Den Bochumer Studenten wird ein von Soziologie so minimal belasteter Soziologieprofessor wahrhaft zu einem erhebenden Erlebnis werden.) Indem negative historische Faktizität zu ontholo-

gischer Qualität hypostasiert wird, wird bestehende Ungerechtigkeit legitimiert, da sie ja einer transzendentalen Schuld entspringen soll. Die Realisierbarkeit eines solidarischen Friedens wird geleugnet, technokratischer Terror im weltweiten Polizeigriff soll das Schlimmste verhüten. Der Normalzustand ist der Ausnahmezustand eines Gewaltfriedens, ganz im Sinne Carl Schmitts. (In diese Richtung bewegt sich auch Schnurs Manie einer totalen Verwaltungsdiktatur, deren demokratische Kontrolle schon wegen der generalstabsmäßigen Organisation für Schnur äußerst hinderlich wäre, und Kestings Hoffnung, durch Kybernetik eine Technokratenherrschaft installieren zu können.) „Ordnung“ an sich wird zum politischen Wert, doch gerade wegen ihrer Fetischisierung bleibt sie Leerbegriff. Freiheit ist für Weizsäcker Einsicht gegenüber den Antrieben der eigenen Natur, die Analyse der Klassensituation entfällt, so werden Kriege selbstexistent, werden einem sozialdarwinistischen „ewigen Krieg“ zugeordnet, da Krieg und wirtschaftliches Interesse scheinbar nichts miteinander zu tun haben. Indem Weizsäcker soziale und wirtschaftliche Motive menschlichen Verhaltens ignoriert, wird seine Ordnung zu einer der Besitzenden, die anderen, als Opfer dieser Ordnung, tauchen nicht auf. Im faschistischen Polizeistaatsmodell bleiben außenpolitische Ziele ewiges Schicksal. In ihrer Patblockade sollen die Großmächte als Komplizen im Weltinnenraum kooperativ Ordnung schaffen. Der „bipolare Machtfrieden“ soll eine „geordnete“ Hegemonie zementieren, eine „zentrale Polizei“ soll „in der Form des äußeren Terrors“ die Konflikte mit den Ausgebeuteten, unterprivilegierten Völkern unterdrücken. Der Friede soll nicht Resultat offener Politik der unterschiedlichen Gesellschaftstypen, sondern formierte Weltgesellschaft unter einem universalen Führer sein.
Der von ähnlicher kulturpessimistischer Ideologie infizierte Picht hält ebenfalls den Notstand einer gewalttätig oktrozierten Friedfertigkeit für das optimale politische Ziel. Da er die Freiheitsrealisationen der Neuzeit für unmöglich hält, sollen Atomwaffen einen „Frieden in Freiheit“ sichern. Picht rechtfertigt die atomare Bewaffnung der BRD aus der Rechtsstaatsideologie heraus. „Rechtsstaatlichkeit“ besagt nur, daß es verbindliche Normen gibt, eine Kontrolle ihrer Gerechtigkeit unterbleibt aber.

Die ewige Bedrohung eines ewigen Krieges wird rationalisiert in ideologischer und militärischer Rüstung. Die nach dem Freund-Feind-Schema Carl Schmitts fixierte Militanz des Gegners wird zur Ratio der eigenen Politik. Die Drohneurosen ermöglichen die Reproduktion der Gesellschaft. Pichts Bekenntnis zur „balance of horror“ reflektiert nur noch auf eine Verhinderung des großen Krieges, ermöglicht aber weiterhin den subatomaren Krieg. In diesem „Frieden“, der identisch ist mit dem Status quo, wird die gesamte dritte Welt zum Macht- und Planungsobjekt der Industrienationen. Diesen muß die Hegemonie erhalten bleiben, damit sie die „Ordnung“ politisch stabilisieren können. Friede besteht nicht mehr in der gerechten Aufhebung sozialer Friktionen, sondern in der weltweiten gewaltsamen Zementierung des globalen Druckkessels. Dieser faschistische Terror-„Friede des Schreckens“ wird zur Apologie kapitalistischer Politik, die den eigenen Frieden der Ausbeutung sichern will, indem sie im abstrakten Schreckbild der totalen Zerstörung einen Notstand konstruiert, der alle Maßnahmen zur Sicherung der Ruhe (d. h. Unterdrückung der Befreiungsbewegungen) legitimiert. Friede definiert sich so als bloße Abwesenheit der totalen Zerstörung bei gleichzeitiger Unterdrückung der gesellschaftlichen Konflikte.

Horst Peter Kasper

UNI-NACHRICHTEN

Einen Ruf hat Professor Dr. Hans Wilhelm Schlüter, Universität Texas (USA) auf den Lehrstuhl für „Experimentalphysik II (Plasmaphysik)“ erhalten.

Die venia legendi für das Fach Astronomie wurden Herrn Dr. rer. nat. Joachim Dachs verliehen, geboren am 2. Februar 1930 in Berlin-Wilmersdorf, nachdem er sich durch seine Antrittsvorlesung „Quasistellare Radioquellen“ am 13. Dezember 1967 von der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen an die Ruhr-Universität Bochum umhabilitiert hat.

Professor Dr. med. Werner Klosterkötter, Direktor des Instituts für Hygiene und Arbeitsmedizin/Klinikum Essen, und Prof. Dr. med. Hans Götz, Direktor der Hautklinik, wurden durch den Bundesminister der Verteidigung in den Wehrmedizinischen Beirat berufen.

Aus dem Nachlaß des Edelstein-Sachverständigen und Kristallsammlers Georg Michel, Neu-Isenburg, hat die „Stiftung Volkswagenwerk“ für das Institut für Mineralogie der Ruhr-Universität Bochum eine für die Forschung außerordentliche wertvolle Sammlung erworben.

Diese Sammlung erhält ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie unwiederbringliche Stücke aus Vorkommen enthält, die infolge von Grubenstilllegungen heute nicht mehr zugänglich sind. Das Bochumer Institut hat als einen seiner Forschungsschwerpunkte die Synthese von Kristallen und Mineralien unter hohen Temperaturen und Drucken in Angriff genommen, um die Probleme der natürlichen Bildungsprozesse in tiefen Zonen der Erdkruste zu untersuchen.

Ein Hochschulstudium für Offiziere der Bundeswehr hat General a. D. Dr. Hans Speidel angeregt. Er bedauerte, daß das Studium der Geisteswissenschaften ein Stiefkind der modernen Verteidigung sei (sic!). Auf der anderen Seite müßten auch an den Hochschulen Fragen der Landesverteidigung erörtert werden. (??)

Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden, daß nicht nur der Dokortitel, sondern auch andere akademische Grade in die Namensspalte des Personalausweises einzutragen sind. Gegen das Urteil will der Berliner Polizeipräsident Berufung einlegen.

In einem Vortrag „Der Student und die Autorität des Ordinarius“ an der Universität München räumte Prof. Schelsky ein, daß er viele Mißbräuche bei der Amtsausübung von Ordinarien aufzählen könne. Doch daran seien die Studenten mit schuld. Sie besäßen eine „erstaunliche Bereitschaft“, auf die Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber Professoren zu verzichten. (F. A. Z., 25. Januar)

Der AStA der TH Hannover trat aus Protest über eine „permanent aktionsunfähige Kammer“ zurück. Dieses — wie der AStA in einem Rundschreiben mitteilte — „erregende Trauerspiel der Selbstaufgabe“ wurde von den anwesenden Kammermitgliedern gutgeheißen, die auch an diesem Abend wieder nicht beschlußfähig waren.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

Kleinstlinen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann
SÜDRING 20

Unzufriedene Studenten - hilfloser Senat Go-in im Haus Rechen / Polizei im Hintergrund

Am Abend des 4. Februar (Sonntag) informierten einige SHB-Mitglieder in den Studentenheimen erreichbare Bewohner darüber, daß Rektor Biedenkopf am folgenden Montag in einer für 8.45 Uhr anberaumten Senatssitzung den Entwurf einer Disziplinarordnung für die Studentenschaft (Biedenkopf selber bezeichnete sie euphemistisch, den Teil, die Studenten, zum Ganzen der Universität stillstehend, als Universitätsordnung) vorzulegen beabsichtige. Die geschöckten Studenten erwogen ein „sit-in“ vor dem Sitzungsraum. Nun, wegen Krankseins von Magnifizienz fielen Sitzung und „sit-in“ flach.

Am Abend des 5. Februar sollten die neu-berufenen Dozenten, darunter Kesting, mit den Senatsmitgliedern bekannt gemacht werden. Zu einer kleinen „Feier“, zu der auch die beiden Studentenvertreter im Senat, Zimmermann und Zöpel, eingeladen waren, wurden gegen 19 Uhr in der Mensa Tische gedeckt, jedoch verzog sich die Gesellschaft, wegen eines AStA-Flugblatts vom Mittag Störungen vermutend, mit Zustimmung des AStA-Chefs ins Haus Rechen. Etwa 50 Studenten vornehmlich der politischen Hochschulgruppen, die sich in Baracke VIII versammelt hatten, beschlossen trotz Bedenken des AStA, dem Senat an seinen Zufluchtsort zu folgen, um ihm eine Dokumentation zur Kesting-Affäre zu überreichen und darüber zu diskutieren.

In der Nähe des Hauses Rechen warteten etwa 5 Polizeiwagen; Polizeipräsident von Hardenberg war anwesend. Die Studenten wurden beim Betreten jedoch nicht behindert. Zwar versuchten die Studentenvertreter, ihre Kommilitonen vor dem Sitzungsraum hinzuhalten, doch überzeugten ihre Argumente nicht. Die Eintretenden wurden von Prorektor Greeven, der statt Biedenkopf die Versammlung leitete, mit der verärgerten Frage empfangen: „Was wollt ihr denn hier?“ Während die übrigen Herren sich teils belustigt, teils verwirrt zeigten, bestand Prorektor Schwartzkopf darauf, die Sitzung als „geschlossene Gesellschaft“ anzusehen und die Studenten als ungebundene Gäste.
Nach Verteilen der Dokumentationsexemplare wurde von studentischer Seite der

Senat aufgefordert, zum Fall Kesting Stellung zu nehmen, was von Greeven mit dem Hinweis verweigert wurde, über Berufungsfragen rede man mit den Studentenvertretern. Auf den Einwurf, der Senat habe sich bereits seit über zwei Monaten um eine Stellungnahme gedrückt, ebenso Kesting selbst, reagierte der Prorektor erbost: „Wann diskutiert wird, bestimme ich!“ Schwartzkopf suchte unterdessen, den Hauswirt zu einem Gebrauch seines Hausrechts zu überreden: er solle die Polizei einschalten. Das aber unterließ dieser. Nach etwa einer Viertelstunde Diskutierens über das Recht der Anwesenheit zogen sich die Studenten singend zurück.

Der physische Knüppel der Polizei kam nicht in Anwendung, der Senat jedoch ließ die Chance, durch Einladung der Anwesenden zur Teilnahme an der Sitzung selbstständig aufzutreten, ungenutzt, reagierte vielmehr wie überall systemkonform und versuchte, mit dem geistigen Knüppel amtsentlehnter Autorität Eindruck zu schinden — Gott sei Dank, denn so blieben die Interessengegensätze unverkleistert.
Zöpel mußte sich wegen seiner zweideutigen Verhaltensweise später einen Mißtrauensantrag im SP gefallen lassen, den er jedoch abzuwehren wußte. Über eine für den 14. 2. geplante Diskussion über Berufungsfragen, die der Senat laut AStA-Flugblatt vom 13. 2. zusagte, wird in der nächsten Ausgabe berichtet.
Der SHB Bochum hat in einem Brief an Professor Schwartzkopf dessen Verhalten anläßlich dieser außerordentlichen Senatsitzung kritisiert und ihn um eine Stellungnahme gebeten. kd

WRK berät über Reform

BAD GODESBERG (dpa). Die LIX. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz tritt vom 19. bis 21. Februar in Bad Godesberg zusammen. Die Rektoren werden das Echo der Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform ebenso diskutieren wie Folgen und Folgerungen. Andere Punkte der Tagesordnung sind:

Rechtsstellung und Funktion der Assistenten, Modell der „qualitativen Repräsentation“ bei der Zusammensetzung der Universitätsorgane und Gremien, die Reform des Habilitationswesens, Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens sowie die Wahl des Präsidenten.

Humanistische Studenten-Union über Hochschulreform

1 UNIVERSITÄT UND GESELLSCHAFT

a) Die Aufgabe der Universität

1. In der heutigen (Leistungs-)Gesellschaft dient die Universität verschiedenen gesellschaftlichen Zwecken:

- Der Sicherung der langfristigen Steigerung des Bruttosozialprodukts („Wohlstand“) durch Vermittlung immer umfassender bzw. tiefergehender technologischer Kenntnisse und durch immer größeren Ausstoß von in dieser Weise akademisch gebildeten Fachleuten.
- Der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des bestehenden Gesellschaftssystems, indem die Universität „selbstverständliche“ gesellschaftliche Grundsätze und Bedingungen akzeptiert:

(1) Grundsatzentscheidungen wie die für das Leistungsprinzip, das, verbunden mit einem unreflektierten Arbeitsethos, Arbeit und Leistung zu einem Wert an sich erhebt.

(2) Die Forderung nach der „unpolitischen“ Universität, die die bestehende Gesellschaftsstruktur kritiklos als gegeben hinnimmt und sich ihr anpaßt. In diesem Rahmen soll die Wissenschaft mit sog. sachrationalen Methoden zu „wertfreien“ Erkenntnissen finden.

Jedoch: Die traditionelle Wissenschaft, die „in eingebildeter Selbstständigkeit die Gestaltung der Praxis, der sie dient und zugehört, bloß als ihr Jenseits betrachtet und sich bei der Trennung von Denken und Handeln bescheidet, hat auf die Humanität verzichtet“ (Horkheimer).

2. Durch die Übernahme der in der Leistungsgesellschaft fraglos akzeptierten Normen kann die Universität ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen:

- „selbst zu bestimmen, was sie leisten, wozu sie dienen soll, und zwar nicht nur in einzelnen Stücken, sondern in ihrer Totalität“ (Horkheimer). Dabei ergeben sich das Recht und die Pflicht dazu schon aus Art. 5, III, 1 GG: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“
- Befreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten (Aufklärung).
- Kritische Reflexion über Basiswertungen und Anwendungskriterien der Wissenschaft, da der Befreiungsprozeß bewußt und kritisch-rational erfolgen muß.

A) Universität und Staat.

1. Der apriorischen Verständigung mit dem Gesellschaftssystem (siehe A) entspricht eine personale und sachliche Affinität der Hochschule zu seinen politischen Organen, zum Staat. Diesem sind die universitären Beamten in einer Weise untergeordnet, die mit der Autonomie der Wissenschaft (vor allem mit dem politischen Mandat der Universität) kollidieren muß. Daneben werden durch finanzielle „Sachzwänge“ die Möglichkeiten einer freien Wissenschaft entscheidend eingeengt. Fernab einer kontrollierenden Öffentlichkeit treten Verflechtungen auf, in denen Wissenschaftler (als Gutachter) oder Wissenschaft (z. B. für Auftragsforschung) unmittelbar in die Dienste des Staates gestellt werden, während andererseits Vertreter der staatlichen Bürokratie (z. B. im Wissenschaftsrat, in Staatskommissionen, als Kanzler oder Kuratoren) dadurch auf die Gestaltung wissenschaftlicher Arbeit direkten Einfluß nehmen, daß sie über deren materielle Voraussetzungen wie über ihre Sinngabe maßgeblich mitentscheiden.

2. Die Autonomie einer demokratisch verfaßten Universität muß erst noch dadurch hergestellt werden, daß:

- Die Beziehungen zwischen Hochschule und Staat transparent gemacht werden und einer ständigen Diskussion und Kontrolle durch die demokratischen Organe der Universität unterliegen;
- die finanziellen Mittel für Wissenschaft und Forschung den Hochschulen in einem bestimmten Prozentsatz vom Landeshaushalt global zur Verfügung gestellt werden, und die Verteilung von den Universitäten selbst vorgenommen wird. D. h.: Die Trennung zwischen akademischer und staatlicher Verwaltung wird aufgehoben, die Universität entscheidet über ihre Angelegenheiten selbständig, alle an der Hochschule Beschäftigten von der Hochschule angestellt werden;
- Auftragsforschungen der Genehmigung durch demokratische Gremien der Universität unterliegen.

C) Universität und Wirtschaft

1. Auch im Verhältnis von Universität und Wirtschaft lassen sich die Verflechtungen aufzeigen, die die Autonomie der Hochschule begrenzen. Im Bereich der Lehre sind Mechanismen wirksam, die auf dem Umweg über bestimmte, von der Wirtschaft geforderte Berufsbilder den Inhalt der Lehre zu beeinflussen vermögen.

Sofern sich die Universität als Stätte der Ausbildung versteht (d. h. sich bewußt zu ihrer Rolle im Berufsausbildungsprozeß bekennt), andererseits aber darauf verzichtet, in Berufsbereiche gestaltend einzuwirken, beschneidet sie ihre wissenschaftliche Selbstständigkeit.

Deutlich sichtbar wird die Fremdbestimmtheit der Universität in der Übernahme von Forderungen nach gesteigerter Effizienz, nach Maximierung des Ausstoßes, wie sie den Prinzipien der industriellen Produktion entsprechen.

Möglichkeiten der Forschung werden dann beschritten, wenn die Universität durch Aufträge der Wirtschaft den Rahmen ihrer Untersuchungen festlegen läßt. Nicht die Ver-

bindung von Forschung und Praxis ist zu kritisieren, sondern die einseitige Bestimmung solcher Verknüpfungen durch die Anforderungen einer nicht kritisch selbst reflektierenden Praxis.

2. Eine Regelung der Einflüsse und Auswirkungen durch die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft verlangt:

- öffentliche Diskussion und Entscheidung durch Gremien der Universität über eine direkte Mitarbeit von Dozenten in der Wirtschaft und über die Annahme von Forschungsaufträgen.
- Periodische Berichte über Forschungsaufträge, ihre Ergebnisse und Anwendungsmöglichkeiten.
- Kritik an den gegebenen Berufsbildern, Vorschläge zu ihrer Neugestaltung, weitgehende Information der Studenten.

D) Universität und Schule

1. Keine Universitätsreform ist sinnvoll ohne Schulreform. Vermittlung tradiert Verhaltensnormen und Schaffung autoritären Potentials durch die Schule belasten die Universität über ihre Möglichkeiten hinaus. Die Weichenstellung, die schon während der Schulausbildung vorgenommen wird, ist irreversibel:

- die Erziehung zu autoritätsgläubigem Verhalten, nicht zuletzt durch einen Unterricht, der sich, von den neuesten lerntheoretischen Erkenntnissen noch kaum beeinflusst, auf „Einpauken“ beschränkt, und der sich seinem Inhalt nach in den engen Grenzen des Überkommenen verhält;
- die Diskriminierung bestimmter sozialer Schichten;
- die Einengung geistiger Horizonte (1) durch die starre Abtrennung der Schulgänge voneinander (Volksschule, Mittelschule, Berufsschule, Gymnasium), (2) durch die Konfessionalisierung des Schulwesens;
- die Abkapselung der Gymnasial-Oberstufe gegenüber dem weiterführenden Studium.

2. Deshalb ist gleichzeitig mit der Hochschulreform eine Schulreform ins Auge zu fassen, die sich nach demokratischen Prinzipien richtet und die versucht, die Schule der Universität wieder sinnvoll zuzuordnen.

II. DIE STRUKTUR DER NEUEN UNIVERSITÄT

A) Die Rechtsform der Universität

1. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts und das politische Mandat:

Die Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts und Anstalt des Landes repräsentiert nach gängigem Verständnis ein Stück des institutionellen Staates: die Einsetzung von Kanzlern und Kuratoren, die Trennung von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung, die Forderung nach einem Verzicht auf das politische Mandat resultieren daraus. Der Konflikt mit dem Selbstverständnis der Wissenschaft als Aufklärung ist unvermeidlich: Jene kann nicht halmachen vor einer Kritik der bestehenden Gesellschaftsstruktur. Allzu willig unterwirft sich die heutige Universität dem Verdikt, daß der formale Öffentlichkeitscharakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts politische Stellungnahmen der Wissenschaft nicht zulasse (Eschenburg u. a.). Ist die akademische Selbstverwaltung nur öffentlich im Sinne einer „normalen“ Körperschaft des öffentlichen Rechts, so fungiert sie als Organ der mittelbaren Staatsverwaltung. Sie unterliegt demzufolge den allgemeinen Normen über den Staats- und Verwaltungsaufbau und läuft Gefahr, durch politische Willensäußerungen in den Kompetenzbereich anderer Instanzen einzugreifen. Dem ist ein materieller Öffentlichkeitsbegriff entgegenzuhalten (Ulrich K. Preuß/Stephan Leibfried), der sich aus einer spezifischen verfassungsrechtlichen Legitimation der Hochschule herleitet, wie sie in Art. 5, III, 1 GG gegeben ist. Dieser materiell öffentliche Charakter der Universität bedeutet nicht „Einbeziehung einer privilegierten Korporation in den staatlichen Zusammenhang, sondern die verfassungskräftige Anerkennung der Notwendigkeit und Bedeutung organisierter Wissenschaft für die Existenz und Entwicklung der politischen Ordnung des Grundgesetzes — der sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie (Preuß/Leibfried). Er läßt sich also schon nach der heutigen rechtlichen Lage das Konzept einer „Kritischen Wissenschaft“ vertreten.

2. Die genossenschaftliche Universität: Das Modell einer genossenschaftlich verfaßten Universität, wie es hier vorgeschlagen werden soll, geht darüber noch hinaus. Sie löst sich völlig vom Staat, ist abhängig nur noch in der Weise, daß sie auf globale Zuweisung finanzieller Mittel Anspruch erhebt. Im Inneren ist sie demokratisch strukturiert. Lehrende wie Lernende haben als gleichberechtigte Genossen am Entscheidungsprozeß über alle universitären Angelegenheiten teil. Darunter fallen besonders: Verteilung der finanziellen Mittel und Anstellung der Dozenten.

Die Trennung von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung existiert nicht mehr. Die Chance und der Sinn einer so gestalteten Universität liegen in der Verwirklichung demokratischen Verhaltens, das sich nicht mehr auf geschickte Handhaben einiger politischer Spielregeln beschränkt. Die genossenschaftliche Universität ist auf Grund ihrer Struktur (auch in Forschung, Lehre und Studium) eminent politisch; sicher wird sie in die Belange von Staat und Gesellschaft kritisierend, korrigierend, revolutionierend eingreifen und auf die traditionelle scheinbar neutrale Haltung der Hochschule verzichten müssen.

Im Hintergrund dieser Konzeption steht der Gedanke, daß jeder wissenschaftlich Lehrende

und Lernende befähigt und berechtigt ist, über Grundfragen des Wissenschaftsprozesses mitzuentcheiden. Naturgemäß wird sich ein quantitatives Übergewicht der Lernenden herstellen: die ständige Untergliederung in „Studenten-schaft“ und „Professoren-schaft“ entfällt. Eine leitende Idee besteht auch darin, den Mut zum Experiment zu propagieren, nachdem Detaillösungen (etwa des Wissenschaftsrates) die Hochschulmisere eher gefördert als behoben haben. Deshalb erheben unsere Vorschläge keinen Absolutheitsanspruch.

B) Die Organisation von Studium, Lehre und Forschung

Die Einheit von Forschung, Lehre und Studium wird der Masse der Studenten an den heutigen Universitäten kaum mehr deutlich, da sie sie

Department-System), das in Bochum, wenn auch nicht konsequent, durchgeführt wurde, wichtige Vorteile: gemeinsame fachliche Basis innerhalb einer Abteilung, überschaubarer Rahmen, andererseits ein Zwang, über die engen Abteilungsgrenzen hinauszublicken. Fortschritte wurden auch für den Bereich der Forschung erzielt: es wurden Institute und interdisziplinäre Einrichtungen gebildet, die Direktorien mit turnusmäßig wechselnder Geschäftsführung unterstehen.

Hier können sich zukunftsreiche Entwicklungen anbahnen, auch wenn es in Bochum zu Lösungen gekommen ist, die man als unglücklich bezeichnen muß (Abteilungen III, V, VIII).

Wenn es aber darum geht, Demokratisierungsprozesse an der Universität durch

den Maßstäben industrieller Produktion beurteilt werden darf. Verfügungswissen wird selbstverständlich auch an dieser Universität vermittelt, es steht aber immer unter dem leitenden Einfluß eines Handlungswissens, das die Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft zum Ziel hat. Nur in der Bindung an dieses Ziel haben Studium, Lehre und Forschung einen Sinn. Aus dieser Prämisse leiten sich die konkret-organisatorischen Folgerungen ab.

4. Das Schema des Universitätsaufbaus

Universität		
Sektor	intersektorielle Fachbereiche	Sektor
Fachbereiche	interdisziplinäre Fachgruppen	Fachbereiche
Fachgruppen	Forschungs-Units	Fachgruppen

* nicht hierarchisch zu verstehen

Dabei entspricht der Fachbereich etwa der heutigen Abteilung, der Sektor faßt die Fachbereiche zusammen (z. B. Sektor Gesellschaftswissenschaft, Naturwissenschaft etc.). Dazwischen bilden sich (horizontal) interdisziplinäre Gremien, deren Existenz auf den Erfordernissen der Forschung beruht.

Auf das Einschalten der Sektoren zwischen Gesamtuniversität und Fachbereich (vertikal) kann verzichtet werden, wenn die demokratische Willensbildung in Vollversammlungen und Abstimmungen auch ohne sie funktioniert.

Der Universitätsaufbau orientiert sich an den Anforderungen des demokratischen Prozesses in der Hochschule. Auf jeder Ebene entscheiden die betroffenen Dozenten und Studenten über anstehende Probleme. Stimmberechtigt sind die in den jeweiligen Fachgruppen Arbeitenden. Daneben ist die Struktur der Universität stark an der Forschung orientiert: die Vielfalt der gebotenen Kombinationsmöglichkeiten soll wissenschaftliche Kreativität anregen, die kritische Überprüfung von Methoden und Theorien fördern, deren Wissenschaft zu steter Selbstbefreiung im Dialog verhelfen.

Beispiel: die Fachgruppen Zeitgeschichte (Fachbereich Geschichte), Völkerrecht (Fachbereich Jura) und Politikwissenschaft (Fachbereich Sozialwissenschaft) können zu einem Studiengang vereinigt werden. Selbstverständlich können Fachgruppen auch nur einem Fachbereich entnommen und kombiniert werden (z. B. drei Fachgruppen des Fachbereichs Geschichte).

5. Das Studium

Das Studium wird in zwei nicht scharf voneinander getrennte Phasen unterteilt. Das Grundstudium, das auf 2 bis 3 Semester beschränkt bleiben soll und sich wahrscheinlich noch weiter verkürzen läßt, wenn die Gymnasial-Oberstufe endlich in eine Gesamt-Bildungsplanung einbezogen wird, hat folgende Leitthemen zum Gegenstand:

- Kritische Einführung in Grundfragen einer Disziplin.
 - Allgemeine Methodologie.
 - Methodische Grundlegung einer Disziplin, Einordnung der Disziplin in den Kontext der Wissenschaften.
 - Einübung wissenschaftlichen Handwerkszeugs.
 - Eventuell: von Fach zu Fach differenziert — Erlernen des Grundwissens.
- Dabei wird es nicht unbedingt notwendig sein, alle diese Grundlagen für jede gewählte Fachgruppe gesondert zu bewältigen. Effektivität des Studiums soll nicht durch Einpausen herbeigeführt werden. Als Arbeitsformen des Grundstudiums werden deshalb vorgeschlagen:

- Proseminare, Übungen, Kurse mit höchstens 20 bis 25 Studenten und Untergruppen mit ca. 5 Studenten. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, schriftliches Lehrmaterial zu diskutieren, Techniken und Methoden einzubüßen, Kenntnisse zu vermitteln, mit wissenschaftstheoretischen Problemstellungen vertraut zu machen.
- Spezialvorlesungen, die exemplarisch ein Problem nach neuester wissenschaftlicher Erkenntnis zu lösen versuchen. Dabei ist auf methodische Strenge und didaktische Verständlichkeit besonderer Wert zu legen.

Eine Zwischenprüfung findet nicht statt. Sie wird durch eine permanente Prüfung ersetzt, die mit einem Punktsystem arbeitet. Nach Erreichen der Punktzahl für bestimmte vorbereitende Übungen ist der Übergang ins vorwiegend forschende Hauptstudium möglich. Eine feste Semesterzahl ist dafür nicht erforderlich. Es soll sogar die Gelegenheit gegeben sein, den Stoff des Grundstudiums in Fernkursen zu erarbeiten und dann, nach eventuell einem Zwischensemester, ins Hauptstudium einzutreten.

Selbstverständlich muß dieses Schema nach einzelnen Fächern differenziert werden. Ein streng systematisch aufgebauter Studiengang wird auch im System der permanenten Prüfung mehrere Aufbaustufen kennen, die nicht übersprungen werden dürfen. Im allgemeinen ist erhöhte Flexibilität zu wünschen: Leistungen in anderen Fachgruppen sollen soweit wie möglich anerkannt werden. In Streitfragen entscheidet die Fachgruppenversammlung.

Das Ziel des Hauptstudiums ist es, eine gründliche wissenschaftliche Ausbildung, den selbständigen und kontrollierten Nachvollzug der Forschung und exemplarische Mitarbeit

Fortsetzung Seite 6

Vollkommen überlastet?

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennershofstraße 70

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstraße 7

Dann kommen Sie zu uns.
Wir übernehmen Ihre Geld-
angelegenheiten. Studien-
und Sozialgebühren zahlen
Sie kostenlos bei uns ein.

WESTFALENBANK
AKTIENGESellschaft
Bochum, Huestraße 21-25

in ihrer wissenschaftlichen Betätigung selbst nicht erfahren können. Das Ideal des Dialogs zwischen Lehrer und Schüler, wie es noch Humboldt vorschwebte, ist in den meisten Fächern der nüchternen Praxis des „Paukstudiums“ gewichen.

1. Die Oligarchie der Ordinarien

Studienordnungen zwingen die studentische Eigeninitiative, die weiterentwickeln man versäumt hat, in die festen Bahnen einer verschulten Ausbildung. Die Machtstellung der Ordinarien ist bislang unangestastet: Weder Studenten noch Angehörige des akademischen Mittelbaus können wirklich mitentscheiden, wie finanzielle Mittel sinnvoll eingesetzt werden, worüber gelehrt werden soll und wer auf einen Lehrstuhl berufen wird. Es rührt aus der Abhängigkeit der Studenten, besonders aber auch der Assistenten her, wenn Forderungen nach Mitbestimmung nicht nachdrücklicher erhoben werden. Der Zwang der Anpassung legt den Verzicht auf eigene Meinung nahe. Bezeichnenderweise entzündete sich die Kritik an der Universität nicht am Verlangen nach williger Eingliederung der Studenten, sondern an den offensichtlich praktischen Mifständen, die aus dem Massenansturm der Abiturienten herrührten. Nicht das Versagen der Hochschule als Stätte kritischer Bildung wurde vorrangig beklagt, sondern ihre Unfähigkeit, mit wachsenden Ausbildungsanforderungen fertig zu werden. Die Universität als Ausbildungsanstalt stieß zuerst auf ihre Grenzen, und Raum- und Personalnot wurden lange bemängelt, ehe man etwa die Formen der Lehre oder den organisatorischen Aufbau der Hochschule kritisch unter die Lupe nahm.

2. Versuch einer Reform: das Abteilungssystem In organisatorischer Hinsicht bringt das Abteilungssystem (nach dem amerikanischen

Veränderungen des organisatorischen Rahmens zu stützen, muß die Reform noch weitergehen, um ein flexibles System zu schaffen.

3. Das System der kleinen Einheiten: Fachgruppen

Die Fachgruppe, entsprechend dem heutigen Einzelfach oder sogar nur Teilen davon, dient folgenden Zwecken:

- sie bietet die geeignete Basis zur Praktizierung direkter Demokratie: die Verhältnisse bleiben auch bei einer Zunahme der Studentenzahlen in diesen kleinen Ressorts überschaubar; eine Information über die bestehenden und von einer Vollversammlung zu lösenden Probleme ist noch möglich;
- aus der Vielfalt der Fachgruppen ergeben sich zahlreiche Kombinationsmöglichkeiten für den Studenten;
- die Fachgruppe drängt, mehr noch als die Abteilung, zur Ergänzung durch andere Fächer. Sie ist zu klein, um ohne Kontaktaufnahme mit anderen Fächern bestehen zu können. Im Bereich von Forschung und Lehre ergibt sich also eine Vielzahl potentieller Kombinationsmöglichkeiten. Abschließung eines Faches nach außen soll durch das Fachgruppensystem unmöglich gemacht werden, Flexibilität schon durch die Struktur erzwingen werden.

Durch diese Konstruktion wird das Experiment gewissermaßen institutionalisiert: Ständig müssen neue Verbindungen aufgespürt, neue Verflechtungen eingegangen werden. Reibungsverluste werden nicht zu vermeiden sein, wir meinen aber, daß sie bei einer Verbesserung der materiellen und geistigen Voraussetzungen keinesfalls größer sein werden als die heute unfreiwillig in Kauf genommenen — ganz abgesehen davon, daß die Konzeption der neuen Universität nicht nach

— ELEKTRIZITÄT — ENERGIE UNSERER ZEIT

Fortsetzung von Seite 5

Humanistische Studenten-Union über Hochschulreform

In der Forschung zu ermöglichen. Seminare, Praktika und Colloquien mit kleinen Teilnehmerzahlen bieten sich als Arbeitsformen an. Vorlesungen, die über neueste Forschungsergebnisse berichten, könnten in beschränktem Maß ergänzend hinzutreten. Das Hauptstudium soll möglichst durchlässig sein für ergänzende Studien in anderen Fachgruppen und Bereichen. Unterstützung wird dem Studenten durch individuelle Beratung und durch Aufstellen einer größeren Zahl von Alternativ-Studiengängen gewährt. Hier kann die Universität ihre gestaltende Kraft einsetzen: sie bringt Wissenschaftler hervor, deren Ausbildung sich nicht ausschließlich an fremdgesetzten Berufsbildern orientiert, sondern deren individuell geplantes Studium und deren daraus resultierende geistige Flexibilität umgekehrt der Praxis neue Impulse vermittelt. Dies wäre am ehesten im Bereich der Lehrerausbildung möglich.

An dieser Stelle wäre auch auf organisatorische Veränderungen hinzuweisen, die das Studium effektiver gestalten könnten: Erarbeitung von Fachbibliographien, Erstellung von Gesamtkatalogen an den Universitäten, die auch die Institutsliteratur umfassen, Dokumentationszentren mit Außenstellen in den Universitäten, Bekanntmachung von größeren Arbeitsvorhaben, Schaffung von kleineren Arbeitsräumen für studentische Studien- und Arbeitsgruppen (dafür Verzicht auf Mammuthibliotheken, in denen sinnvolles Arbeiten erfahrungsgemäß sehr erschwert ist), Bereitstellung von Zeitschriften-Lesälen und Schreibmaschinenräumen usw., Einsatz audio-visueller Lehrmittel, Schaffung von Laborräumen für freie forschende Tätigkeit auch der Studenten.

Auf eine Abschlußprüfung traditionellen Stils wird verzichtet. Auch im Hauptstudium behält das Punktsystem seine Gültigkeit: Wer die vorgeschriebene Mindestpunktzahl für bestimmte Übungen erreicht hat, erwirbt damit automatisch ein Abschlußzeugnis.

Als Abschlüsse sind vorgesehen:

a) Magister. Der Titel eines Magisters wird nach Abschluß des Hauptstudiums verliehen, das sehr frei kombiniert werden kann. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Studium in einer Fachgruppe, das durch Zusatzstudien in anderen Gruppen ergänzt werden kann. Der Magister soll zu forschender Tätigkeit befähigt sein; er wird daher Punkte für eine wissenschaftliche Hausarbeit oder für Teilnahme an einer Forschungs-Unit nachweisen müssen. Auch gemeinsame wissenschaftliche Arbeiten mehrerer Studenten werden anerkannt.

b) Promotion. Die Promotion erfolgt nach einem Aufbaustudium. Auch hierbei werden Gruppenarbeiten anerkannt. Der Nachweis wissenschaftlicher Befähigung gilt auch dann als erbracht, wenn der Promovend nicht zu greifbaren neuen Ergebnissen kommt bzw. wenn er in einer langfristigen Tätigkeit in einer Forschungs-Unit mitgearbeitet hat, deren Untersuchungen erst später zu einem Abschluß gelangen. In diesen Fällen legt der Promovend einen Bericht über seine Forschungstätigkeit vor. Die Voraussetzungen für die Promotion können auch an außeruniversitären Forschungsinstituten erarbeitet werden. Die Bindung an einen Dozenten (Doktorvater) ist abzulehnen. Die Promotion gilt als wissenschaftliche Qualifikation. Eine Habilitation entfällt.

6. Die Lehre

Rahmenentscheidungen über den zu lehrenden Stoff werden von der Fachgruppen-Vollversammlung getroffen. Die Dozenten erhalten Gelegenheit, ihre Konzeptionen vorzutragen und zur Diskussion zu stellen. In einigen Fächern (vor allem des natur- und ingenieurwissenschaftlichen Sektors) wird der Spielraum für eine freie Entscheidung allerdings von der Sache her begrenzt sein. Aber auch hier ist es möglich, über Arbeitsformen und die Art der Darbietung des Stoffes zu diskutieren, vor allem aber die politische Sinnerhebung der Lehre zu bestimmen.

Zur Vereinfachung der Beschäftigung der Fachgruppen-Vollversammlung kann sie Gutachter einsetzen, die über strittige Fragen referieren. Bleiben auf der Fachgruppenebene Probleme ungelöst, werden sie der Vollversammlung des Fachbereichs zur Entscheidung vorgelegt.

In diesen Versammlungen stellen die Studenten die Mehrheit. Die Dozenten werden ihr Gewicht nicht mehr kraft ihrer Position, sondern auf Grund wissenschaftlicher Leistung geltend machen.

Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Studenten und Dozenten ist, daß die Dozenten auf Beschluß der Fachgruppen- oder Fachbereichs-Vollversammlung in ihr Lehramt berufen werden. Der Geschäftsführer der Universität schließt mit ihnen zeitlich befristete und differenzierte Verträge ab, die laufend erneuert werden können. In Berufungsfragen wird in der Regel ein Gutachterausschuß eingesetzt werden müssen, dem Dozenten und Studenten angehören. Der Ausschuß wird sich bei der Prüfung der wissenschaftlichen Qualifikation eines Bewerbers an der gesamten bisherigen Tätigkeit des Betroffenen orientieren; eine Habilitation ist nicht erforderlich. Es soll das Experiment mit Lehrkräften gewagt werden, die keine durchgängige akademische Karriere nachweisen können.

Eine den Leistungen entsprechende gute Bezahlung ist für das Funktionieren dieses Systems unabdingbar.

Formen der Lehre: Die traditionelle Vorlesung ist wenig effektiv, sie soll daher abgeschafft werden. Nur die Spezialvorlesung als exemplarische Darstellung bleibt erhalten. Neu eingeführt wird die schriftliche Darbietung des Stoffes in Lehrkompendien (man könnte an Loseblatt-Sammlungen denken, die eine Anpassung des vorliegenden Lehrmaterials an den neuesten Stand der Forschung erleichtern). Aufgabe des Dozenten ist es, die Studenten zu einer kritischen Bewältigung des dargebotenen Stoffes anzuleiten. In kleinen Übungsgruppen kann darüber diskutiert werden, in Seminararbeiten und Experimenten lernt der Student, durch eigenes Forschen die Ergebnisse des Lehrstoffes zu überprüfen. Dem kritischen Dialog soll wieder zu seinem Recht verholfen werden.

Viel Zeit wird Übungen eingeräumt, die die Stellung der eigenen Disziplin zum Gegenstand haben. Möglicherweise werden solche Diskussionen die Existenzberechtigung einiger Fächer ernsthaft in Frage stellen oder anderen zu größerem Gewicht verhelfen. Sie werden dazu beitragen, dem Studenten die Wahl seines Studienweges zu erleichtern. Schließlich haben sie die Aufgabe, die gesellschaftliche Funktion eines Wissenschaftsbereichs zu klären und ideologische Prämissen transparent zu machen.

7. Die Forschung

Um die Einheit von Forschung und Lehre zu wahren, und um die Freiheit der Forschung nicht zu beeinträchtigen, sollen jedem Dozenten Forschungssemester oder -jahre zugestanden werden. Die Forschungsetats vergeben die Fachgruppenversammlungen an die Antragsteller. Diese können auch Studenten sein. Dozenten verfügen darüber hinaus über einen Grund-Forschungsetat, der ihnen im Anstellungsvertrag zugesichert wird. Es ist wünschenswert, wenn dem Antrag auf zusätzliche Finanzierung bereits eine Darstellung festumrissener Forschungsarbeiten beifügt wird; dies wird jedoch für Dozenten nicht zur Pflicht gemacht, um sie nicht unnötig zu binden. Stellen Studenten Anträge auf Finanzierung ihrer Vorhaben, so sollte die Themenstellung aber bereits klar umrissen sein. Teamarbeit soll bevorzugt werden. Am Ende der Forschungsarbeit stehen Berichte, die über Methoden und Ergebnisse der Tätigkeit eines Wissenschaftlers Rechenschaft ablegen. Diese Berichte sollen jährlich publiziert werden. Die Arbeit der einzelnen soll durch Bereitstellung zentraler Einrichtungen (Dokumentationszentren etc.) wirkungsvoll unterstützt werden.

Auf die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Fachgruppen, Fachbereichen oder Sektoren wird besonderer Wert gelegt. Forschungs-Units, die auf Zeit oder zur Erfüllung festumrissener Aufgaben gebildet werden, sollen auch diesem Bereich wissenschaftlicher Betätigung erhöhte Flexibilität verleihen. Forschungsaufträge, die von außen an die Universität herangetragen werden, unterliegen einer Prüfung durch die beschlußfassenden Organe der Universität.

C) Die Verwaltung der Universität

Die Universität verwaltet sich in allen Bereichen selbst. Gleichzeitig sollen jedoch Dozenten und Studenten von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Zu diesem Zweck setzen die demokratischen Gremien der Universität Geschäftsführer ein, die unter ihrer Kontrolle arbeiten. An der Spitze steht ein gewählter Hochschulrat, der diejenigen Aufgaben bewältigt, die die Hochschule als ganze angehen. In diesem Gremium (dem gegebenenfalls auch staatliche Vertreter mit beratender Stimme zugeordnet werden können) sollen auch Dozenten und Studenten vertreten sein.

Student Vorsitzender einer Senatskommission

BOCHUM (BSZ). Der Senat der Ruhr-Universität hat den Soziologie-Studenten Hendrik Bussiek (23) zum Vorsitzenden der Senatskommission für Studentenschaftsfragen gewählt. Damit nimmt das erste Mal seit etwa 200 Jahren wieder ein Student eine wichtige Funktion in der Universitätsverwaltung wahr.

Die Studentenschaftskommission befaßt sich vornehmlich mit Problemen, die zum Konfliktstoff zwischen Universität und Studentenschaft geworden sind oder werden können. Sie bereitet Beschlüsse des Senats vor oder führt deren Aufträge durch. So befaßt sich die Kommission zuletzt mit dem Fall Wenke, der Immatrikulationsfeier, der Gestaltung des 17. Juni, dem Universitätsverlag der Studentenschaft, mit der Öffentlichkeit von Beschlüssen akademischer Gremien usw. Im Sommersemester wird sie sich vornehmlich mit der Universitätsordnung befassen müssen.

Die Kommission ist paritätisch besetzt: von den Hochschullehrern sind der Mineraloge Fichtbauer, der Soziologe Jaeggi und der Pädagoge Schaller vertreten; die Studenten werden durch den ASÄ-Vorsitzenden Zimmermann, durch das SP-Mitglied Friedel und Bussiek vertreten. Als beratende Mitglieder nehmen der Rektor Biedenkopf und der Kanzler Seel an den Sitzungen teil.

Bussiek ist seit Bestehen der Ruhr-Universität Mitglied des Parlaments der Studentenschaft, zuerst der FVV, dann des SP. Von Januar bis Juli 1967 war er stellv. Vorsitzender der Studentenschaft. In der Studentenschaftskommission vertritt er seit Herbst 1966 die Studenten.

Da der Vorsitzende dieser Kommission auch in der Senatskommission vertreten sein soll, die die neue Verfassung der Universität ausarbeitet, wird die Studentenschaft auch in diesem Gremium neben Roland Ermrich einen zweiten Studentenvertreter haben. Außerdem ist Bussiek nun bei vielen für die Studentenschaft wichtigen Fragen in seiner neuen Funktion auch im Senat vertreten.

Reinhard Zimmermann zur BSZ über die Wahl von Bussiek: „Dadurch, daß jetzt ein

Student Vorsitzender einer Kommission geworden ist, haben wir unsere Bereitschaft und unseren Anspruch dokumentiert, bei der Verwaltung der Universität verantwortlich mitzuarbeiten. Natürlich werden wir uns mit diesem Teilerfolg nicht zufriedengeben.“

Daß hier noch viel zu tun bleibt, zeigt allein, daß die Studentenvertreter im Senat bei Personalwahlen nicht anwesend sein dürfen. Sie mußten also bei der Wahl von Bussiek den Saal verlassen...

Auszug aus dem Protokoll der 13. ordentlichen Sitzung des Studentenparlaments: Herr Genß äußerte vor dem Tagungsraum: „Das Parlament ist ein Scheißstall.“ Herr Zimmermann erklärt sich mit dieser Äußerung vollinhaltlich einverstanden.

Ulrich Dröge (Redakteur der BSZ) warf Stefan Bock, Parlamentsmitglied und im SDS, vor, mit seiner Ja-Stimme zur Haushaltsrahmenordnung der Studentenschaft kapitalistischer Wirtschaftsführung zugestimmt zu haben. Bock: „Das ist ja Haus-zu-Haus-Sozialismus.“ Darauf Dröge: „Sozialismus darf nicht nur in verbalen Erklärungen betrieben werden, sondern muß auch an der Basis durchgeführt werden.“ Stefan Bock stimmte dem zu: „Ja gut, du hast recht, ich übe Selbstkritik.“

Elektr. Schreibmaschinen
Olympia, gebraucht, ab 195,- DM.
Neupreis war 1500,- DM.
Günther Lilie - Bochum
Südring 35 - Telefon 6 77 27



EXCLUSIV Tobacco
von DM 2,- bis DM 6,-
Gratisproben durch EXCLUSIV TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568

Ordnung muß sein

Kritische Betrachtung zum geplanten Disziplinarrecht

Der Zeitpunkt scheint gut gewählt: da der „Fall Kesting“ noch schwebt (ja zu ersten schüchternen Versuchen eines Go-ins in den Senat geführt hat) und der „Fall Wenke“ erwartet werden kann, da Herr Schnur sich unwissenschaftlich gegen wissenschaftliche Angriffe seiner Lehre verteidigen muß, dürfte es dringend sein, eine Ordnung zu schaffen, die in Zukunft solche Störungen des Universitätsbetriebes verhindert. Das zu leisten vermag eine Universitätsordnung, die die Institution vor ihren Mitgliedern schützt, und eine entsprechende hat Rektor Biedenkopf dem Senat vorgelegt. Sie dient der „Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Universität durch die Sicherung eines ordnungsgemäßen Betriebes von Forschung und Lehre vor Störungen, Beeinträchtigungen und Behinderungen.“ Sie gilt nur für Studenten. Eine Universitätsordnung hat unabhängig von den in ihr niedergelegten Bestimmungen antidemokratischen Charakter, da sie für einen Teil der Gesellschaft eine besondere Rechtsprechung neben der gültigen schafft. Das ist im vorliegenden Entwurf besonders deutlich, erhebt er doch den Anspruch, die Studenten zu privilegieren. Denn er will „die Erledigung eines gegen den Studenten eingeleiteten Verfahrens nach § 153 StPO erleichtern oder eine mildere Strafe bewirken.“ Damit zementiert er einen vordergründigen Autonomiebegriff, der nicht mehr die Autonomie der Wissenschaft zum Inhalt hat. Mit besonderen Vorrechten ausgestattet, die der rationalen Begründung entbehren, wird der Student von der übrigen Gesellschaft unterschieden und bleibt ihr entfremdet.

Lassen wir die grundsätzliche Ablehnung beiseite, die wohl auch von der Mehrheit nicht akzeptiert wird (wer verzichtet schon freiwillig auf Sonderrechte?), so ergeben sich immer noch zahlreiche Einwände. Im folgenden soll die Ordnung als politisches Instrument der herrschenden Professoren untersucht werden. Daß sie auch u. a. eine falschverstandene Zwischenprüfung schützen will mit Hilfe einer lächerlichen Argumentation, bleibt außerhalb der Betrachtung.

Ist es zu begrüßen, daß die Vorlage nicht „die akademische Würde“ oder ähnlichen Nonsense schützen will (wenn man sich auch fragt, ob nicht durch den hervorgerufenen Privilegcharakter dieser Anspruch in neuer Form bewahrt ist), so bleibt ihre aus der Funktionsfähigkeit der Universität resultierende Legitimation vorläufig ebenfalls zweifelhaft. Denn hinter dem Begriff der Funktionsfähigkeit scheint sich die bisherige Organisation der Universität zu verbergen, deren überholte Formen mit Recht kritisiert werden. Solange nicht gesichert ist, daß die Forderung nach einer Neugestaltung der Universität mit Hilfe dieser Ordnung verhindert werden soll, muß man sie verwerfen.

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Vorlage, so wird der Zweifel zur Gewißheit. Gegen die Universitätsordnung verstößt, wer die „ordnungsgemäße Durchführung des Lehr- oder Forschungsbetriebes beeinträchtigt.“ Und studentischen Vereinigungen kann die Zulassung entzogen werden, wenn sie „das öffentliche Ansehen der Universität erheblich gefährden.“ Diese Bestimmungen können die befürchteten Konsequenzen zeitigen, eine veraltete Hochschulorganisation vor ihren Kritikern zu retten. Die Bestimmung für die studentischen Vereinigungen kann darüber hinaus eine unzulässige Einschränkung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung bedeuten, und es wäre nur bezeichnend, wenn Funktionsfähigkeit und öffentliches Ansehen, die sich trotz ihrer scheinbaren Wichtigkeit als Phrasen enthüllen, höher eingeschätzt würden als demokratische Grundrechte.

Kritisch ist auch die Strafe der Exmatriku-

lation zu bewerten. Da sie einschneidende Folgen für die berufliche Existenz des Studierenden haben kann, wird sie nur durch ein Strafvergehen gerechtfertigt, das im normalen Gerichtsverfahren die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich zieht, und zwar gerade dann, wenn eine besondere akademische Würde nicht mehr bewahrt werden soll. Da aber die Ordnung ein derartiges Strafvergehen nicht behandelt, sondern die Weiterleitung an ein ordentliches Gericht verlangt, kann dieses Strafmaß überhaupt entfallen. Seine Einführung dürfte nicht zufällig sein.

Wenn Rektor Biedenkopf — wie es heißt — auf einer CDU-Veranstaltung am 8. 2. dieses Jahres der Universität das Recht zusprechen wollte, eine Immatrikulation jederzeit widerrufen zu dürfen und dem Studenten nur das Recht, sich vor einem Verwaltungsgericht zu beschweren, so enthält die vorliegende Regelung — zwar nicht in dieser brutalen Offenheit, aber doch verschleierte — den repressiven Charakter dieser Strafe, die den Studenten vor allem disziplinieren soll. Disziplin zugunsten einer nicht näher definierten Freiheit von Forschung und Lehre — das ist die irrationale Voraussetzung der Ordnung.

Auch die Zusammensetzung des Ordnungsausschusses (ein Vorsitzender, der die Befähigung zum Richteramt besitzt, ein Assistent, ein Student) hebt die vorgetragenen Einwände nicht auf. Wegen der genannten inhaltlichen Bestimmungen ist bei einem vom Senat vorgeschlagenen Ordnungsausschuß nicht gewährleistet, daß nicht eine formale Rechtsprechung politische Forderungen reglementiert.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß die Vorlage von Rektor Biedenkopf abzulehnen ist. Von professoralem Geist beseelt, der Ordnung als Bewahrung seiner Herrschaft versteht, richtet sie sich gegen kritische Studenten. Guido Boulboulle

* In Läden mit Frischfleischabteilungen

Aus Rinderkeulen bester Qualität, zart, mager u. abgehangen

* **Rouladen**
Schmorbraten
ohne Beilage
je 500g

3.98

* **Oldenburger**
Frischwurstplatte
vier verschiedene Wurstsorten
400g

1.98

Original-Westf.

Knochenschinken
100g

1.58

...auf diese Angebote erhalten Mitglieder Rückvergütung!

Ital. Blumenkohl	Handelskl. I	-,69
große, weiße Köpfe	Kopf	
Holl. Tulpen		1,95
aus bekannter Züchtung	5 Stck. i. Bund	
Krakauer		-,62
beste Qualität	100 g	
Frutera-Grünkohl		-,88
stramm gepackt	1/2 Dose	
Weiß Bohnen		-,65
für den Eintopf	500-g-Btl.	
Linsen		-,78
mit Suppenkraut	1/2 Dose	
WEAG-Rotbarschfilet		1,48
tiefgefroren	400-g-Pckg.	
Philad. Frischkäse		1,58
sahnig, mild	200-g-Stück	

Westf. Vollkornbrot		-,75
sehr gesund u. nahrhaft	500 g	
Vierfrucht-Marmelade		-,69
aus reifen Früchten	450-g-Glas	
Gebäck „Bon Appetit“		1,48
feine Mischung	300-g-Pckg.	
GEG - Doppel-Wacholder		7,95
38 Vol.-%, echt u. bekömmlich	1/2 Flasche	
Whisky „Prinz Philipp“		7,95
ein Markenwhisky	1/2 Flasche	
Sonnina-Markenschokolade		-,55
Vollm.-halbbitter, Vollm.-Nuß	100 g Tafel	
Badetabletten		-,98
erfrischend	12er-Pckg.	
Watte		-,98
saugfähig, hygienisch	200-g-Pckg.	

K O N S U M

KONSUMGENOSSENSCHAFT
DORTMUND-HAMM BOCHUM

...gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Ruf 51 13 60

Ortsbestimmung einer proletarischen Literatur

Zu einer Podiumsveranstaltung der RUHR-REFLEXE

Am 8. Februar inszenierte das FORUM POLITIKUM, Herausgeber der RUHR-REFLEXE eine Podiumsveranstaltung über „Politische Dimension einer Arbeiterliteratur heute“. Mit der Arbeiterliteratur wurde ein Themenbereich ins Blickfeld gerückt, der dem germanistischen Institut einer Ruhr-Universität wohl angestanden hätte, dort aber bisher bezeichnenderweise kein Interesse fand. Bei der Veranstaltung war vom germanistischen Institut kein Dozent anwesend, wegen einer Institutsitzung, wie es entschuldigend hieß.

Das FORUM POLITIKUM, in Zusammenarbeit mit Studentenschaft, HBK und SHB, hatte versucht, Rundfunk und Fernsehen zu interessieren, stieß beim WDR-Studio Dortmund sowie beim Westdeutschen Fernsehen Köln jedoch auf keine Gegenliebe, obgleich Hessischer und Süddeutscher Rundfunk erstens um einen Mitschnitt baten. Politische Gründe?

Die Veranstaltung gliederte sich in zwei Teile: zunächst lasen aus meist noch unveröffentlichten Arbeiten die Autoren Richard Limpert (literarische Werkstatt Gelsenkirchen), Josef Büscher (Gelsenkirchen), Edgar Struchhold (Höhr/Koblenz), Max von der Grün und Bruno Gluchowski (sämtlich Mitglieder der Dortmunder Gruppe 61, deren Mitglieder von ihrem Begründer Hüser als „Industriedichter“ verstanden werden). Die anschließende Podiumsdiskussion fand statt unter Beteiligung von Helmut Lethen (West-Berlin, Redakteur der Zeitschrift ALTERNATIVE), Robert Wolfgang Schnell (ein „trauriger Phantast“ aus Berlin-Kreuzberg), Friedhelm Baukloh (ehem. Lektor beim Paulus-Verlag, Recklinghausen, als Kritiker der Gruppe 61 hervorgetreten), Peter Schütt (SDS-Mitglied aus Hamburg, Publizist) und Fritz Hüser (Direktor der Stadtbücherei Dortmund und Begründer der Gruppe 61). Die Leitung hatte Raul Hübner (Chefredakteur der RUHR-REFLEXE). Bestimmung des gesellschaftspolitischen Ortes und Perspektiven einer Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in den Betrieben standen im Zentrum der Diskussion.

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote - Miete - Mietkauf
WYWIAS-Bochum - Südring 19

Geld verschenkt

BONN (BSZ). Die Bundesländer haben 200 Millionen DM aus dem Konjunkturhaushalt des Bundes für den Hochschulbau nicht in Anspruch genommen. Das als Darlehen angebotene Geld konnte nur aberufen werden, wenn das betreffende Bundesland eine gleich hohe Eigenleistung erbracht hätte.

Kumulieren und Panaschieren möglich

TUBINGEN (dpa). Eine neue Satzung erhielt die Tübinger Studentenschaft. Das Studentenparlament besteht künftig aus 33 Mitgliedern, von denen 25 in allgemeiner Wahl gewählt werden, während sieben Mitglieder in direkter Wahl aus den Fachschaften kommen. Bisher bildeten allein die Fachschaften das Studentenparlament. Zugleich wurde die Listenwahl eingeführt. Dabei ist auch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens vorgesehen. Die Studentenschaft kann künftig in jeden Bereich der Selbstverwaltung mit Urabstimmungen eingreifen.

REGENSBURG (dpa). Über 50 Bewerber haben sich bisher auf die öffentliche Ausschreibung zur Besetzung der Lehrstühle der Naturwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Regensburg gemeldet. Vorwiegend haben sich junge Wissenschaftler beworben, aber auch Ordinarien, die in anderen Hochschulen amtierten. Eine Entscheidung wird für Ende Februar erwartet.

Politisches Mandat befürwortet

HEIDELBERG (dpa). Der AstA der Universität Heidelberg hat sich in einem Memorandum für ein politisches Mandat der Studentenschaft eingesetzt. Zugleich wendet sich der AstA gegen eine „unpolitische Wissenschaft“ und eine „unpolitische Universität“.

HONNEF INFORMATION

Anträge auf Neuaufnahme in die Studienförderung nach dem Honnefer Modell für das Sommersemester 1968 sind möglichst unmittelbar zu Beginn der Vorlesungen im Sommersemester, spätestens bis zum 26. April 1968 (Ausschlussfrist) in der Förderungsabteilung einzureichen. Dieser Termin gilt auch für die Studenten, die zum Sommersemester 1968 ihr Studium in Bochum aufnehmen.

Bei Wechsel der Hochschule zum Sommersemester 1968 werden die in Bochum bewilligten Förderungsbeträge bis einschl. Juni 1968 von hier über die Westfalenbank gezahlt. Das Studentenwerk der neuen Hochschule übernimmt die Weiterförderung ab Juli 1968. Die Westfalenbank wird die monatlichen Förderungsbeträge überweisen, wenn ihr eine Immatrikulationsbescheinigung der neuen Hochschule eingereicht und eine Bankverbindung des Empfängers der Studienförderung mitgeteilt wird. Zur Weiterleitung der Förderungsakte an das Studentenwerk der neuen Hochschule ist es erforderlich, daß unmittelbar nach Vorlesungsbeginn das Studentenwerk der neuen Hochschule um Anforderung der Förderungsakte von hier gebeten wird.

Der Kultusminister des Landes NW hat mit Erlaß vom 1. 2. 1968 die Förderungszeiträume in der Anfangsförderung (1. bis 3. Semester) mit Wirkung vom Sommersemester 1968 an geändert. Von diesem Zeitpunkt an umfaßt der Förderungszeitraum während der Anfangsförderung jeweils im Sommersemester 4 Monate und im Wintersemester 5 Monate. Die Förderung während eines vorlesungsfreien Monats sowie für die Monate eines Pflichtpraktikums oder eines Ferienkurses entfällt künftig. Da diese Neuerung erst ab Sommersemester 1968 in Kraft tritt, können Pflichtpraktika und Ferienkurse, die im März 1968 stattfinden, auf Antrag noch gefördert werden.

Anträge auf Gewährung eines Freitages für das Sommersemester 1968 können bis zum 15. März 1968 in der Förderungsabteilung gestellt werden. Antragsvordrucke liegen dort bereit. Für Studenten, die zum Sommersemester 1968 ihr Studium beginnen oder zur Ruhr-Universität wechseln, ist die Antragsfrist bis zum 17. April 1968 festgesetzt.

Kindertagesstätte schwere Geburt

BOCHUM (BSZ). Schwierig gestaltet sich die seit langem von der Studentenschaft betriebene Einrichtung einer Kindertagesstätte an der Ruhr-Universität. Die Baracke 7 soll dafür noch im Sommersemester umgebaut werden. Sowohl das Studentenwerk als auch der Vorstand der Studentenschaft haben erstmals in ihren Haushaltsplänen laufende Mittel zur Unterhaltung bereitgestellt. Peter Schultz schätzt die monatlichen Sach- und Personalkosten auf 8000 DM. Davon kann die Studentenschaft jedoch nur einen Teil aufbringen. Die Stadt Bochum und verschiedene andere Einrichtungen unterstützen das Projekt. Am schwierigsten aufzutreiben sind die einmaligen Kosten für die Einrichtung und

Ausstattung. U. a. sollen durch eine zur Zeit laufende Spendenaktion, durch einen Wohltätigkeitsball im Mai, durch Aktionen an der Universität und über einen Gesprächskreis Kindergarten, dem die Vertreter kommunaler und kirchlicher Einrichtungen angehören, die notwendigen Gelder beschafft werden.

Wie der Geschäftsführende Vorsitzende des Studentenwerks mitteilte, übersteigt schon jetzt die Nachfrage das Angebot von zunächst ca. 65 Plätzen in der Kindertagesstätte. In ihr sollen vor allem Säuglinge und Kleinkinder, aber auch in geringem Umfang 3- bis 6jährige Kinder von Studentenehepaaren und z. T. anderen Universitätsangehörigen betreut werden.

Studienbüro klagt über Platzmangel

In einem vor kurzem vorgelegten Bericht faßt das Studienbüro seine Tätigkeit im letzten Jahr zusammen. Herr Mente, der jetzt Leiter des Studienbüros ist, glaubt, daß gerade in Bochum die Beratungsstelle ihre Existenzberechtigung habe. „Es ist z. B. erschreckend, wie viele Studenten hier, an der sogenannten Arbeiteruniversität, über Kontaktschwierigkeiten klagen“, äußerte er gegenüber der BSZ. Obwohl das Studienbüro auf eine laute Werbung verzichtet, suchen so viele Studentinnen und Studenten Rat und Hilfe, daß viele Beratungen aus Platzmangel auf den Fluren stattfinden müssen.

So haben sich die Berufsberatungen in der Zeit vom 16. Oktober 1966 bis zum 10. Oktober 1967 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. 484 Ratsuchende klopfen an die Türen in Baracke VIII, wo die Beratungsstelle mit drei Räumen und neun Mitarbeitern an Raumnot leidet. Allein 201 Ratsuchende betreute die Akademische Berufsberatung. Neue, speziell für und von dem Studienbüro entwickelte Testverfahren für die Ratsuchenden bewältigten diese Aufgabe.

Weitere Rekordzahlen: Die psychotherapeutische Arbeit hat sich gegenüber dem Vorjahr vervierfacht, die psychologische Diagnostik verdreifacht. Die Misere des Studienbüros liegt darin, daß der Aufgabenkreis zugenommen hat, der Platz aber nicht größer geworden ist. Die Erstsemester liegen mit über 70% an der Spitze der Ratsuchenden. Eine Einteilung der Beratungsfälle nach Studienfächern repräsentiert recht genau die Grundgesamtheit der Hauptfachstudierenden vom SS 67 in Bochum. Von 205 Studierenden kamen aus den Fächern Wirtschaftswissenschaft 64, Anglistik 27, Jura 23, Germanistik 22, Sozialwissenschaft 18, Theologie 10, Psychologie und Romanistik je 7, Mathematik 6, Geschichte 4, Pädagogik 3, Medizin 2 und Geowissenschaften, Philosophie und Sinologie je 1 Ratsuchender. Außerdem neun, die unter „sonstige“ eingestuft werden.

Zwanzig verschiedene Motivationen für den Besuch der Berater stellte das Studienbüro fest. Unsicherheit über Höhe und Schwerpunkt der Begabung standen an der Spitze, gefolgt von dem Motiv der Unsicherheit, das richtige Studium gewählt zu haben. An letzter Stelle werden Schwierigkeiten mit Professoren und Assistenten genannt. Geboten wurden Intelligenztests, psychische Untersuchungen und psychotherapeutische Behandlungen. Außerdem gab die Akademische Berufsberatung Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten an anderen Universitäten und Hochschulen, über nicht akademische Ausbildungswege, Berufsinhalte, Berufsfolge und Berufsentwicklung. Eine weitere Orientierungshilfe wurde den Ratsuchenden im Sinne des „social-case-work“ gegeben. Diese umfangreiche Arbeit wird von neun haupt- oder ehrenamtlichen Mitarbeitern getragen. Ein Student der Psychologie in einem höheren Semester kann dort ein Praktikum absolvieren. Außerdem soll eine wissenschaftliche Hilfskraftstelle beantragt werden, um die Auswertung der Testbögen zu gewährleisten. Da das Studienbüro mit den jetzigen Räumen nicht auskommt, wird ein Haus in der Lennershofstraße 6 eine Übergangslösung bieten.

SDS 'raus?

MÜNCHEN (dpa). Die Aberkennung der Immatrikulation für Studenten, „die sich durch ihr fleißiges und zügelloses Benehmen als Akademiker selbst abqualifizieren“, hat die NPD-Fraktion im bayerischen Landtag gefordert. Auf diese Weise sollen Plätze für Studenten freigemacht werden, denen bisher die Zulassung zur Universität aus Platzmangel versagt worden sei. Kultusminister Huber erklärte dazu, die Aufrechterhaltung der akademischen Ordnung sei zunächst Angelegenheit der Hochschulen selbst.

KAMMERSPIELE BOCHUM

„Der Architekt und der Kaiser von Assyrien“

von Fernando Arrabal
— deutschsprachige Erstaufführung —

Freitag, den 23. Februar 1968, 20.00 Uhr

Anrechnungsscheine (für Studierender 50% ermäßigt) im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich.

„Das schaukelt sich alles allein“

Rundfunk-Interview mit Prof. Metzger

MÜNSTER (BSZ). — Münsters Studenten hatten in der vergangenen Zeit über die Zustände am psychologischen Institut ihrer Universität protestiert. Am 8. Februar sendete der WDR „Zwischen Rhein und Weser“ das folgende Interview zur Mitbestimmung der Studenten. Reporter war K. J. Haller.

Haller: Herr Prof. Metzger, generell gefragt oder grundsätzlich gefragt, Mitbestimmung der Studenten, ist das eine berechnete Forderung oder nicht?

Metzger: Ich finde die Forderung absolut berechnete, denn immerhin sind die Studenten ja keine kleinen Kinder mehr, sind volljährige Menschen, voll geschäftsfähig, wahlberechtigt, und was sie sonst noch wollen, bloß in der Universität sollen sie Kinder bleiben.

H: Nun ist aber diese Forderung nach Mitbestimmung, wenn man von den Gewerkschaften absieht, relativ neu; und als unbeteiligtem Beobachter will mir manchmal scheinen, als ob mancher Ordinarius diesem Drängen der Studenten relativ hilflos gegenüberstehe.

M: Genau diesen Eindruck habe ich auch bei Gesprächen in der Fakultät — ah — hatte ich den Eindruck, daß das Ganze bloß als ein taktisches Problem gesehen wird. Die Studenten sind unruhig, was machen wir bloß, damit sie wieder ruhig sind, und alles wieder so ist wie zuvor?

H: Kann ich daraus entnehmen, daß Sie meinen, daß die Kollegen hier an der Universität in Münster eigentlich kein Konzept haben, wie man diesem Drängen begegnen könnte?

M: Ein Konzept ist offensichtlich nicht vorhanden, ich glaube, daß wir die einzigen sind, die eins haben, und ich meine auch, dieses, was ich vorhin gesagt habe, wird dadurch bestätigt, daß ich Stimmen gehört habe, die sagten, diese Psychologie-Professoren, die werden eben mit ihren wildgewordenen Studenten nicht mehr fertig, wir müssen dafür sorgen, daß da wieder ein starker Mann kommt, der sie wieder zur Ordnung ruft.

H: Ja also der angeblich schwache Psychologie-Professor sind Sie und Ihr Kollege, Prof. Witte. Sie haben nämlich an Ihrem Institut hier in Münster bereits eine demokratische Institutsordnung. Vielleicht in groben Zügen, wie sieht sie aus?

M: Ja, sie sieht ganz einfach so aus, daß die bisher schon in sich demokratische Dienstbesprechung des Instituts nunmehr auch drei studentische Mitglieder hat, die alle dieselben Rechte haben wie jeder Assistent und jeder Dozent und jeder Professor, mit Ausnahme des

einen geschäftsführenden Direktors, der die Beschlüsse nun durchführen und verantworten muß.

H: Ja, und es klappt?

M: Es klappt. Es ist außerdem so, da ja dieses Gremium so heterogen zusammengesetzt ist, hat ja etwa ein Majoritätsprinzip überhaupt keinen Sinn, sondern man muß so lange diskutieren, bis man einer Meinung ist. Und wenn das nicht möglich ist, sorgen wir durch eine Sonderbestimmung dafür, daß der überfahrene Teil auch zu seinem Recht kommt. Jeder solche Beschluß, der nicht einmütig gefaßt ist, wird nur probeweise gefaßt und wird nach einem halben Jahr aufs neue diskutiert, und dann hat entweder der eine gemerkt, daß der Beschluß falsch war, oder der andere hat gemerkt, daß er richtig war.

H: Glauben Sie, daß Ihr Beispiel hier in Münster vielleicht sogar über Münster hinaus Schule machen könnte oder zumindest sollte?

M: Ja, ich bin von Anfang an der Meinung gewesen, daß es sich um eine Art von Beispiel handelt, das nun in den anderen Instituten zur Diskussion vorgelegt werden soll, damit sie sehen, ob sie dieses oder etwas anderes zustande bringen, denn — die Mitarbeit der Studenten wird nicht mehr rückgängig zu machen sein. Sie kommt in allen Instituten und in allen akademischen Gremien, früher oder später.

H: Also ist das Verhältnis Student—Ordinarius auch ein psychologisches Problem?

M: Ich glaube, daß ein großer Teil des für die Bevölkerung unerträglichen Verhaltens der Studenten daher kommt, daß man sie an der Universität wie unmündige Kinder behandelt hat, sie haben sich benommen wie unmündige Kinder. In dem Augenblick, wo wir sie als Erwachsene ansprechen, stellt sich plötzlich heraus, daß sie erwachsen sind und sich wie Erwachsene benehmen können. Sie werden natürlich noch viel lernen müssen, im Augenblick finden allerdings — gibt es allerhand Übergriffe, und, wie soll ich sagen, Formlosigkeiten und so weiter, die dürfen wir nicht tragisch nehmen. Ich bin der Meinung, das schaukelt sich alles ein, und wir werden zu einer völlig friedlichen Zusammenarbeit kommen.

MOSKAU —

ein „Blow up“?*

Grihamarstoelen
Val d'Isère
Valloire
Chopok (Tatra)
Cortina d'Ampezzo
Canazei
Falcade



Geigeralm
Lavaz
Moena
Martellital
Davos
St. Moritz
Lech (Vorarlberg)

Polen — Sowjetunion

Bahn-/Flugreise, Warschau — Leningrad — Moskau, 15 Tg. Vollpension DM 595,-

England, London — Oxford

Busreise, 6 Tg. Halbpension DM 138,-

Balkanländer

Bus-round-tour, 15 Tg. Halbpension DM 598,-

Rhodos
Riva (Gardasee)
Korsika
Costa del Sol



St. Raphael
Mallorca
Teneriffa
Portugal (Algarve)

Fordern Sie dreist das neue Sommerprogramm 1968 an!
* Prüfen Sie es doch selbst

DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST
AUSLANDSSTELLE DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES GMBH
5300 Bonn - Dietkirchenstraße 30 - Telefon 3 10 11

Beratung und Buchung bei:

Studenten-Reisedienst beim Studentenwerk Bochum e. V., 463 Bochum,
Lennershofstraße 66, Baracke 8 (neben der Mensa), Telefon 51 14 57

Ist das erste Bochumer Studentenparlament noch arbeitsfähig?

Die Tagesordnung der 11. o. Sitzung des SP (23. 1.) beinhaltetete noch 6 Tagesordnungspunkte der 10. ordentlichen Sitzung. Die Tagesordnung der 12. o. Sitzung des SP (30. 1.) beinhaltetete noch 6 TOP's der 10. o. Sitzung sowie noch 5 TOP's der 11. o. Sitzung. Die Tagesordnung der 13. o. Sitzung des SP (6. 2.) beinhaltetete noch 4 TOP's der

CLAUBERG
 seit 1890
 Ähnliches ist nicht dasselbe
 Claubergs Galerie der Experimente
 Bochum - Bongardstraße 6

BESTECKE

10. o. Sitzung sowie noch 4 TOP's der 11. o. Sitzung sowie 2 TOP's der 12. o. Sitzung. Die Tagesordnung der 14. o. Sitzung des SP (8. 2.) beinhaltetete noch 4 TOP's der 10. o. Sitzung sowie noch 2 TOP's der 11. o. Sitzung sowie 1 TOP der 12. o. Sitzung sowie noch 8 TOP's der 13. o. Sitzung. Die Tagesordnung der 14. vertagten Sitzung des SP (13. 2.) umfaßt somit insgesamt 25 Tagesordnungspunkte.

Sieht man dieses Zahlenmaterial, so könnte man meinen, es sei einfach zuviel auf die Tagesordnungen gesetzt worden. Betrachtet man dann allerdings einmal die behandelten Tagesordnungspunkte ihrer Wichtigkeit nach und setzt sie in Relation zu der Zeit, die für diese Punkte aufgewendet wurde, betrachtet man weiter die Ergebnisse der behandelten Tagesordnungspunkte, dann kann man sich manchmal fragen, ob dieses Parlament überhaupt noch arbeitsfähig ist. Themen, denen ein politischer Flair anhaftet, werden über Gebühr in der Diskussion ausgedehnt — im Endeffekt mit dem Ergebnis, daß oft keinerlei Beschluß gefaßt wird, daß man sich selbst unter den Parlamentariern ziemlich einig ist, daß man wieder einmal nichts geleistet habe. Da geht es dann eine halbe Stunde um die Begriffe „Aktion“ und „Handlung“, welchen von beiden man in einen zu fassenden Beschluß setzen sollte. Da werden dem studentischen Vertreter im Senat, Christoph Zöpel, 90 Minuten lang Vorwürfe gemacht über seine Arbeit im Senat, trotzdem wird der Mißtrauensantrag gegen ihn mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Da wollte man einen neuen Ältestenratsvorsitzenden wählen — befragte den Kandidaten aber weniger nach seinen Rechtskenntnissen als vielmehr nach seiner politischen Überzeugung. Und die Zusage der Kandidaten, er werde vollkommen

unabhängig von seiner politischen Überzeugung Recht sprechen, da nur so wahre Objektivität gewährleistet sei, reichte nicht aus für einen Teil des SP, den Kandidaten zu wählen. Sicherlich ein Zeichen, daß das SP sich als ein politisches Parlament fühlt — sicherlich sehr positiv, wenn man daran denkt, daß man der Jugend vor nicht allzu langer Zeit zu wenig politisches Interesse vorwarf. Wenn man seine Parlamentsarbeit allerdings nur so versteht, daß man ausschließlich alle Dinge nur vom politischen Standpunkt her betrachten darf, und wenn deswegen alle Dinge als unwesentlich angesehen werden, denen man beim besten Willen nichts Politisches mehr abgewinnen kann, dann hat das Parlament seinen politischen Auftrag (auf den es doch immer so pocht) wohl falsch verstanden. Denn nur so ist es zu erklären, daß man die Haushaltspläne der Studentenschaft und des Studentenwerks nicht mit einem Wort diskutiert, sondern sie ohne weiteres an den Haushaltsausschuß überweist. Als der Haushaltsausschuß im Dezember dem SP die Gelegenheit gab, an einem Haushaltsentwurf mitzuarbeiten, um so die Prioritäten der studentischen Politik zu setzen, wurde eine Diskussion mit der Begründung abgewiesen, man habe keine Zeit gehabt, ihn vorher durchzuarbeiten. Dieses Mal war die Zeit sicherlich gegeben, auch wenn den Parlamentariern der Entwurf Zimmermanns erst während der Sitzung zugestellt wurde. Aber immerhin hatten alle Parlamentarier den Haushaltsplan Kurowskis vom Dezember vorliegen, an Hand dessen es möglich gewesen wäre, eigene Initiative zu entwickeln, d. h. konkrete neue Vorschläge zu machen. Doch das ist überhaupt eine Krankheit, an der das SP leidet. Man läßt einzelne TOP's auf sich zukommen und beginnt erst während der Diskussion mit dem Reflektieren, das schon vorher nötig gewesen wäre. Wie viele Stunden wären dem SP dann verblieben, um die Tagesordnungspunkte zu erledigen, die jetzt noch anstehen? Sicherlich hätten dann in der letzten Woche keine 2 Sitzungen einberufen werden müssen, und die Sitzungsbeginne hätten nicht auf 19.30 Uhr vorverlegt werden müssen, um ab 20 Uhr frühestens beschlußfähig zu werden. Sieht man sich einmal die „Ankunftszeiten“ der SP-Mitglieder an, dann erschien z. B. bei der 12. o. Sitzung der erste Parlamentarier um 19.30 Uhr, und im Abstand von zwei Minuten trudelte der Rest ein. Symptom für die Arbeitsauffassung des Parlamentes? Vielleicht. Oder warum kommt man erst zu spät und macht dann gegen Mitternacht das SP beschlußunfähig, wenn die für die weitere Arbeit der Studentenschaft sehr wichtigen Punkte an die Reihe kommen? Und wenn aufgrund des Rücktritts von Herrn Genß von allen seinen Posten (Finanzprüfung, Haushaltsausschuß etc.) auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung die Verabschiedung der Haushaltsrahmenordnung oben steht, und man weiß, daß man um eine vorrangige Behandlung des TOP's nicht herumkommt, warum ist dann das SP bis 21 Uhr nicht

beschlußfähig, so daß die Sitzung vertagt werden muß?

Ich glaube, man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Wähler ihre Stimme für ein SP abgaben, in dem auch (wenn sogar vor allem) Sacharbeit geleistet wird. Diese sollte nicht nur in den SP-Ausschüssen geschehen, von denen es inzwischen 10 an der Zahl gibt. Natürlich soll dort vorgearbeitet werden, doch auch dort ist das leider nicht immer möglich, schon wegen der häufigen Rücktritte und deswegen nötig werdender Neuwahlen.

Ob das SP noch als arbeitsfähig zu bezeichnen ist, wird sich nach den Semesterferien herausstellen, wenn mehrere Ordnungen verabschiedet werden müssen.

Abschließend eine Bitte an die Wähler für die Zukunft: geben Sie zumindest nicht mehr solchen Kandidaten Ihre Stimme, die es noch nicht einmal für nötig halten, einigermaßen regelmäßig während der Sitzungen anwesend zu sein. So fehlten auf den insgesamt 16 Sitzungen z. B.

Herr Buchmann (BDV) sechsmal, Herr Vossiek (BDV) fünfmal, Herr Schramm (GUNST) sechsmal, Herr Stephan (GUNST) viermal, Herr Dallmeier (GUNST) fünfmal, Herr Lutzenberger (RCDS) fünfmal, Herr Bock (SDS) viermal, Herr Mackenthum (SDS) viermal, Herr Dohle (unabhängig, kath. Theologie) viermal, Herr Wiedeking (unabhängig, Medizin) fünfmal, Herr Gilbert (unabhängig, Geschichte) achtmal.

Ein Parlament, in dem fast ein Drittel der Mitglieder bei einem Viertel und mehr aller Sitzungen nicht anwesend ist, sollte schleunigst einmal über sich selbst nachdenken — und die Konsequenzen ziehen.

Burghard Schneider
Sprecher des Parlaments

Vorschläge einreichen

Laut Beschluß des Senats soll jedes Mitglied der Korporation Universität bis zum 15. 5. Stellungnahmen zur Universitätsordnung abgeben können. Die Bearbeitung erfolgt durch die Senatskommission für Studentenschaftsfragen. Stellungnahmen und eigene Entwürfe sind zu richten an den Vorsitzenden der Senatskommission für Studentenschaftsfragen, Herrn Hendrik Bussiek, Bochum, Ruhr-Universität, Rektorat.

Gustav von Campe sollte das Hardenberghaus verlassen. Sein Mietvertrag wurde vom Aufnahmehaus gegen die Stimme des studentischen Vertreters nicht verlängert. Auf einer Heimversammlung am 13. 2. gab der Vertreter des Trägervereins, Herr Fuchs, eine Begründung dieser Maßnahme, die den Geist des Heimes ein drucksvoll wiedergibt.

Von Campe sei nicht für Diskussionen gewesen, er habe vielmehr statt des Miteinanders das Gegeneinander proklamiert und von Machtverhältnissen gesprochen, die er aufdecken wolle. Es hieß dann weiter, von Campe habe das zwar nicht so gesagt, aber verschiedene Äußerungen hätten diesen Sinn ergeben. Der Trägerverein kam zu der Ansicht, daß man mit einem Menschen, der zusätzlich noch nach Macht strebe, nicht zusammenleben könne. Die Heimeideologie vom gemeinsamen Miteinander, trauten Zusammenleben, Gemeinschaftsleben wird, wie man sieht, im

Hardenberghaus gewissenhaft gepflegt. Das Aufzeigen von Abhängigkeits- und Machtverhältnissen stört die harmonische Gemeinschaft des Hardenberghauses, vor allem wohl aber die ungehinderte Kontrolle des Trägervereins, Krasser als im Fall Campe konnten die tatsächlichen Machtstrukturen kaum zutage treten. Herr Fuchs appellierte vergeblich an die Einsicht der Studenten. Doch im Namen des Trägervereins zeigte er sich entgegenkommend. Eine Abstimmung der Heimversammlung sollte endgültig darüber entscheiden, ob Herr von Campe noch tragbar ist als Mitbewohner oder nicht. Mit überwiegender Mehrheit sprachen sich die Studenten für die Verlängerung des Mietvertrages aus. Der Versuch von Herrn Fuchs, den Fall zu personalisieren, mißlang. Es handelt sich hier nicht um einen unglücklichen Einzelfall, sondern einen Präzedenzfall. Daher stimmte die Heimversammlung auch noch einem zweiten An

trag zu, der besagt, daß keinem Bewohner des Hardenberghauses auf Grund seines Verhaltens und seiner Äußerungen in der Heimversammlung und in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung gekündigt werden darf. Die Forderung einiger Studenten nach Öffentlichkeit des Aufnahmehausausschusses und starker Vertretung der Studenten — in jedem anderen Studentenheim sind die Studenten schon durch 2 Mitglieder vertreten — wurde von Herrn Fuchs zurückgewiesen. Es gebe immer wieder Fälle, bei denen sich die Vertreter des Trägerverbandes gegen die Verlängerung eines Mietvertrages aussprechen müßten, ohne die Gründe bekanntgeben zu können. Sicherlich bereut der Trägerverein die Bekanntgabe der Gründe im Fall von Campe. Die Argumentation des Herrn Fuchs stimmt bedenklich. Fehlt hier tatsächlich noch das Bewußtsein für die primitivsten Spielregeln der Demokratie?

Fall Wenke bleibt akut

BOCHUM (BSZ). Der Fall Wenke bleibt auf der Tagesordnung. Die Studentenschaft hat in der letzten Woche einige Studenten damit beauftragt, eine Dokumentation über die Lehrmeinung Wenkes seit 1945 zu erarbeiten.

Das Studentenparlament hatte an den Senat den Antrag gestellt, die Ehrengaschurwürde von Wenke aufgrund der Vorfälle in Hamburg zu überprüfen. Wenke hatte in Hamburg den Studenten Oberlehrer, der eine Rezension über ihn geschrieben hatte, aus seinem Seminar ausgeschlossen. Darüber war es in der Hansestadt zu schweren Auseinandersetzungen zwischen AStA und Rektor gekommen. Das SP stellte sich auf den Standpunkt, daß der erste Ehrengaschur der Ruhr-Universität damit einen erheblichen Angriff gegen die Lern- und Meinungsfreiheit der Studenten gerichtet hat.

Nachdem der Senat diesen Antrag an die Senatskommission für Studentenschaftsfragen verwiesen hat, befaßte sich dieser Ausschuß über drei Stunden mit dem Fall Wenke. Grundlage der Diskussion war ein Bericht von Prof. Knoll über die Vorfälle. Einige Mitglieder der Kommission waren der Meinung, daß das Vorgehen von Wenke nur zu verstehen sei, andere meinten, daß sich damit die autoritäre Denkstruktur von Wenke wieder einmal erwiesen habe, zumindest läge der Verdacht nahe. Man einigte sich nach zeitweise erhitzter Debatte schließlich darauf, daß die Kommission auf Grund des Berichts von Prof. Knoll die Hamburger Vorfälle allein nicht als ausreichend ansähe, Wenke die Ehrengaschurwürde abzuerkennen. Die Studentenschaft wird diese Vorfälle jedoch zum Anlaß nehmen, die heutige Lehrmeinung

Wenkes kritisch zu durchleuchten und den Bericht von Prof. Knoll durch eigene Recherchen in Hamburg zu überprüfen.

Die geplante Dokumentation soll weiterhin Grundlage für die Diskussion mit Wenke sein, der im Sommersemester als Honorarprofessor an der Ruhr-Universität lesen wird. Auch hier also kündigt sich ein heißer Sommer an.

3. RH-KONZERT

Solist Wolfgang Schneiderhan
Violine (Wien)

Ruhrland-Halle Bochum

Freitag, 1. März 1968, 20.00 Uhr



Studentenkarten zum Sonderpreis von 3,- DM auf allen Plätzen nur im Vorverkauf; Jugendamt der Stadt Bochum, Rathaus, erhältlich.

CLAUBERG BESTECKE

seit 1890

Ähnliches ist nicht dasselbe

Claubergs Galerie der Experimente

Bochum - Bongardstraße 6

Unabhängige Schüler-Gemeinschaft gegründet

Wie sich besonders bei den Verhandlungen über Maßnahmen gegen die BoGeStra-Fahrpreiserhöhung gezeigt hat, wurden die Schüler Bochumer Gymnasien durch ihre SMV bisher nicht in dem Maße vertreten, wie es viele der Schüler erwarten. Um zu einer wirklichen Interessenvertretung dieser Schüler zu gelangen, trafen sich am Samstag, dem 10. 2., ca. 15 Bochumer Schüler zu einer Vorbesprechung über eine zukünftige sozialistische Schülergewerkschaft in Bochum. Um schon in nächster Zukunft mit ihrer Arbeit beginnen zu können, gab sich diese Gruppe vorläufig den Namen „Unabhängige Schüler-Gemeinschaft (USG)“.

Als Sofortmaßnahmen wurden beschlossen, die Schüler zu weiteren Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen aufzufordern. Außerdem wird ein Aufruf an alle Schüler ergehen, sich zu einer Bochumer Schülergewerkschaft zu formieren, da die SMV nur als Beruhigungsspielle für die Schüler gedacht sei. Die SMV wäre bisher nicht in der Lage gewesen, entscheidende Beiträge zu einer Demokratisierung der Schule zu leisten. Sie diene nur dazu, die autoritären Maßnahmen der Schule, der Schulleitung und des Kultusministeriums an die Schüler weiterzugeben. Die SMV sei aufgrund dessen nie in der Lage gewesen, eine Diskussion über Zensurengebung, Sexualaufklärung, Unterrichtsgestaltung und Disziplinarmaßnahmen herbeizuführen. Diesem Aufgabenbereich will sich daher die USG zunächst besonders widmen. S. B.



SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS

RIGOLETTO (G)
WEEKEND IM PARADIES
DIE FLEDERMAUS (G)
DIE HEIRATSKOMÖDIE
PERIKLES, FÜRST VON TYROS
ROSENKRANZ UND GULDENSTERN
DER BARBIER VON SEVILLA (G)
EIN IDEALER GATTE
8. HAUPTKONZERT

KAMMERSPIELE

1. MUSICA-VIVA-KONZERT
DER ARCHITEKT UND DER KAISER
VON ASSYRIEN
HALB AUF DEM BAUM
DAS FEUERWERK
SOLDATEN
6. KAMMERKONZERT
GESPENSTER
4. 3. (Mo.) Premiere
UDIPUS TYRANN

Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anreichtscheine auf Eintrittskarten sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

SPIELPLAN für die Zeit vom

15. Februar bis 8. März 1968

15. 2. (Do.), 25. 2. (So.)
16. 2. (Fr.), 17. 2. (Sa.), 19. 2. (Mo.),
26. 2. (Mo.), 7. 3. (Do.)
18. 2. (So.), 6. 3. (Mi.)
20. 2. (Di.), 21. 2. (Mi.), 24. 2. (Sa.),
27. 2. (Di.)
28. 2. (Mi.) Premiere, 1. 3. (Fr.),
3. 3. (So.), 4. 3. (Mo.)
29. 2. (Do.), 2. 3. (Sa.)
5. 3. (Di.)
8. 3. (Fr.)
22. 2. (Do.), 23. 2. (Fr.)
16. 2. (Fr.)
18. 2. (So.) deutschspr. Erstaufführung,
23. 2. (Fr.)
19. 2. (Mo.), 24. 2. (Sa.), 26. 2. (Mo.)
zum letzten Mal
20. 2. (Di.) Premiere, 27. 2. (Di.)
22. 2. (Do.) zum letzten Mal
29. 2. (Do.)
8. 3. (Fr.)

Lektoren gesucht

BONN (dpa). Der DAAD ist besorgt, ob er im Herbst dieses Jahres die frei werdenden Lektorenstellen an ausländischen Hochschulen wieder besetzen kann. Er sucht Germanisten oder Sprachwissenschaftler mit abgeschlossenem Hochschulstudium — in vielen Fällen unbedingt mit Promotion — für die Tätigkeit als DAAD-Lektor im Ausland. Auskünfte und Bewerbungen nimmt der DAAD entgegen.

wywiass
 Schreibmaschinen
 Billige Sonderangebote - Miete-Mietkauf
 Bochum Südring 19 - Ruf 61423

Mehr Öffentlichkeit!

BOCHUM (BSZ). In Zukunft soll auch aus den Sitzungen akademischer Gremien berichtet werden dürfen. Die BSZ macht in dieser Ausgabe erstmals Gebrauch von diesem kleinen Schritt in Richtung „demokratische Hochschule“.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität.
Auflage: 7000 Exemplare.
Vorstand: Reinhard Zimmermann
Redaktion: Ulrich Dröge und Rolf Hüper
Anzeigenleitung: Christine Schippl
Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Konto-Nr. 906 859
Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum, Hüttenstraße 3-5, Telefon 3 30 43.